



Beschlüsse

**des Landesparteitags
der SPD Baden-Württemberg
am 19. November 2022
in Friedrichshafen**

Antrag Ini 02: Klimaschutzgesetz in Baden-Württemberg nachschärfen

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ini - Initiativ-Anträge

- 1 **Klimaneutralitätsziel 2040 - Anpassung der Flächenziele für regenerative**
- 2 **Energieerzeugung in Baden-Württemberg**
- 3 1. Die SPD fordert für das Land Baden-Württemberg ein Mindestflächenziel für die
- 4 Erzeugung von Windenergie und Photovoltaik von 3%. Dabei muss sichergestellt
- 5 werden, dass Regionen mit deutlich höheren Potentialen für Windanlagen oder
- 6 Freiflächenpotentialen für die Photovoltaik auch entsprechend höhere
- 7 Mindestziele zu erfüllen haben. Gleichzeitig sind Artenhilfsprogramme aufzulegen
- 8 um Beeinträchtigungen insbesondere hinsichtlich bedrohter Vogelarten zu
- 9 kompensieren.
- 10 2. In einem zu überarbeiteten Klimaschutzgesetz ist festzulegen, dass auf der Ebene
- 11 der Regionalverbände im Rahmen eines koordinierten Prozesses entsprechende
- 12 verpflichtende Regionalpläne aufgestellt werden. Eine Grundlage dafür bilden
- 13 beispielsweise die in der neuen BUND-Studie *„100% klimaneutrale*
- 14 *Energieversorgung – der Beitrag Baden-Württembergs und seiner zwölf Regionen“*
- 15 aufgezeigten unterschiedlichen Potentiale für die regenerative Stromerzeugung in
- 16 den einzelnen Regionen.
- 17 3. SPD-Kommunalpolitiker*innen auf allen politischen Ebenen werden aufgefordert
- 18 sich für möglichst ambitionierte lokale Ausbaupläne für Technologien zur Nutzung
- 19 und falls notwendig auch Speicherung von regenerativen Energien. Je höher im
- 20 Ergebnis der Eigenanteil Baden-Württembergs an der regenerativen
- 21 Energieversorgung ausfällt, desto besser gelingt die Gestaltung eines robusten,
- 22 zukunftsfähigen Energieversorgungssystems für Baden-Württemberg.

Antrag Ini 03: Jin – Jiyān – Azādī! Sichtbare und effektive Solidarität mit den Frauen, Unterdrückten und allen Protestierenden im Iran, sowie Sanktionen gegen das iranische Mullah-Regime!

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg, AG Migration und Vielfalt Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	Ini - Initiativ-Anträge

1 **Jin – Jiyān – Azādī! Sichtbare und effektive Solidarität mit den Frauen,**
2 **Unterdrückten und allen Protestierenden im Iran, sowie Sanktionen gegen das iranische**
3 **Mullah-Regime!**

4 Am 16. September 2022 starb Mahsa Amini. Wenige Tage zuvor war die junge Frau von der
5 örtlichen „Sittenpolizei“ in Teheran festgenommen worden. Der Vorwurf: Sie habe sich
6 nicht an die strenge Kleiderordnung gehalten. Seit der Ermordung Mahsa Aminis
7 protestieren tausende Iraner*innen, trotz Bedrohung durch Festnahmen und tödlichen
8 Verletzungen, gegen das unterdrückerische Mullah-Regime.

9 Es ist ein feministischer Kampf gegen ein Regime, dessen Herrschaft auf der
10 Unterdrückung von Frauen fußt. Gleichzeitig sind die Proteste längst nicht mehr nur
11 auf einzelne gesellschaftliche Gruppen oder Städte beschränkt. Sie haben das gesamte
12 Land erfasst und überschneiden sich mit den Protesten unterdrückter ethnischer
13 Gruppen wie der Kurd*innen. Mahsa Amini war Kurdin - in der kurdischen Kultur ist das
14 Tragen eines Kopftuchs nicht vorgeschrieben. Mahsa Amini wurde also nicht nur für ihr
15 Frau-Sein ermordet, sondern war als Kurdin doppeltes Ziel. Es ist deswegen nicht
16 verwunderlich, dass die Proteste vor allem in kurdisch geprägten Landesteilen
17 ausgebrochen sind. Das Regime geht gegen diese Proteste mit brutaler Gewalt vor und
18 eröffnet das Feuer auf die eigenen Bürger*innen.

19 Auch in Deutschland stehen Menschen täglich, solidarisch, Schulter an Schulter, um
20 auf die unmenschliche Situation im Iran aufmerksam zu machen.

21 Das allein reicht jedoch nicht aus. Die Politik muss jetzt handeln und sich den
22 zivilgesellschaftlichen Protesten anschließen.

23 Wir fordern:

24 -> das Ende der Gewalt gegen die Demonstrierenden im Iran.

25 -> umfassende Sanktionen gegen das iranische Regime und diejenigen, die davon
26 profitieren. Die EU-Maßnahmen, die im Oktober und November auf den Weg gebracht
27 wurden -unter anderem gegen die „Sittenpolizei“, die Basidsch-Milizen sowie den
28 iranischen Innenminister Ahmad Wahidi- sind ein richtiger erster Schritt. Die Liste
29 der sanktionierten Personen und Organisationen muss jedoch deutlich ausgeweitet

- 30 werden. Es ist daher notwendig, die Revolutionsgarde, die mit ihnen verbundenen
31 Unternehmen sowie die obersten Machthaber*innen im Iran mit Sanktionen zu belegen.
- 32 -> die Freiheit aller Frauen und weiterer Personen, die für die Forderung nach
33 Gleichberechtigung auf die Straße gehen oder wegen des Protests inhaftiert wurden.
- 34 -> die Amnestie aller Gefangenen, die sich für Frauen- und Menschenrechte einsetzen
35 und eingesetzt haben.
- 36 -> die Gewalt gegen die Bevölkerung und die Angriffe auf Kurdistan und kurdische
37 Einrichtungen zu beenden.
- 38 -> die couragierten Proteste der iranischen Zivilgesellschaft zu unterstützen und die
39 Hinrichtungen im Iran zu stoppen.
- 40 -> einen bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und damit verbunden eine klare
41 Haltung der baden-württembergischen Landesregierung.
- 42 -> Unterstützung für Frauenrechts- und kurdische zivilgesellschaftliche
43 Organisationen.
- 44 -> alternative Internetzugänge zu fördern, um die Zivilbevölkerung im Iran künftig
45 vor einer Isolierung von der Weltgemeinschaft zu schützen.
- 46 -> keine öffentlichkeitswirksamen Treffen von Repräsentant*innen des deutschen
47 Staates mit Vertreter*innen des Regimes zuzulassen, weil diese von dem Regime zu
48 Propagandazwecken und zur Legitimierung seiner Politik missbraucht werden.
- 49 Der Freiheitskampf im Iran ist feministisch, anti-patriarchalisch und demokratisch -
50 gegen Unterdrückung auf Basis von Geschlecht, Ethnie und Herkunft.
- 51 Ganz im Sinne des internationalistischen Grundgedankens unserer sozialdemokratischen
52 Partei sind wir dazu verpflichtet, alles in unserer Macht stehende zu tun, um diesen
53 Kampf für Freiheit und Demokratie zu unterstützen. Als SPD-Baden-Württemberg
54 solidarisieren wir uns mit den Demonstrierenden im Iran.
- 55

Antrag Arb 01: Motiviert, geschlossen und die Menschen im Land im Blick – Auf dieses starke Fundament bauen wir

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Arb - Arbeitsprogramm

1 **Motiviert, geschlossen und die Menschen im Land im Blick – Auf dieses starke**
2 **Fundament bauen wir**

3 Die SPD Baden-Württemberg leitet ein Ziel: Wir wollen Politik gestalten, um das Leben
4 der Menschen in diesem Land jeden Tag ein Stück besser zu machen. Wir haben große
5 Ziele und bereiten unsere Organisation darauf vor. Mit allen was wir machen wollen
6 wir noch mehr die Menschen im Land in den Blick nehmen. Darauf richten wir unsere
7 Parteiarbeit aus. Wir sind motiviert und geschlossen – und können damit die
8 bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, um uns erfolgreich für die nächste
9 Landtagswahl aufzustellen. Wir wissen, dass Wahlerfolge aus langer, intensiver
10 Vorbereitung entstehen. Diese Vorbereitung begann bereits mit der externen Analyse
11 der Landtagswahl. In den wahlkampffreien Jahren 2022 und 2023 bauen wir gemeinsam ein
12 starkes Fundament auf – inhaltlich, strukturell und organisatorisch, auf das wir bei
13 den anstehenden Wahlen bauen können. Im Arbeitsjahr 2022/2023 wollen wir uns diesen
14 Aufgaben widmen:

15 **ZUKUNFTSTHEMEN SETZEN**

16 Im Jahr 2021 haben wir uns auf eine sozialpolitische Reise gemacht und in
17 wesentlichen Fragen wieder ein klares Profil erlangt. In den Feldern
18 Armutsbekämpfung, Gesundheit, Pflege, Integration, Inklusion, Gleichstellung und
19 Vielfalt sowie Kinder-, Jugend- und Familienpolitik haben wir Anstöße für eine neue
20 Sozialpolitik formuliert. Für dieses Arbeitsjahr planen wir einen breiten
21 Beteiligungs- und Diskussionsprozess innerhalb und außerhalb der Landespartei, um
22 tiefer in Fragen der Landessozialpolitik einzusteigen, die auch hinsichtlich globaler
23 Entwicklungen wie der Klimakrise und geopolitischer Entwicklungen ganz neu diskutiert
24 werden müssen. Dazu gehören Überlegungen für eine sozialpolitische
25 Digitalisierungsstrategie für Baden-Württemberg. Zudem werden wir bis zum
26 Landesparteitag 2023 ein Konzept für eine sozialdemokratische
27 Landesarbeitsmarktpolitik entwerfen.

28 Die weiteren inhaltlichen Schwerpunkte sollen vom neu gewählten Landesvorstand
29 erarbeitet werden.

30 Unser Selbstverständnis ist es, den sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen
31 Wandel im Land voller Tatkraft voranzutreiben. Um neue Ideen zu entwickeln und
32 fortschrittlichen Inhalten eine Plattform zu bieten, wollen wir ab 2023 einen
33 jährlichen Zukunftskongress veranstalten. Dabei sollen Expert:innen Schwerpunktthemen

34 bearbeiten und präsentieren. Frische Ideen sollen diskutiert und umgesetzt und unsere
35 Partei als Gestalterin der Zukunft weiter etabliert werden.

36 **IM FOKUS: KOMMUNAL- UND EUROPAAWAHL 2024**

37 **Kommunalwahl 2024**

38 Die Kommunalwahl im Mai 2024 ist für uns eine große Herausforderung, aber auch eine
39 Chance. Wir sind die Partei, die ganz konkret in den Gemeinden unseres Landes
40 mitgestaltet. Diese große Präsenz in Städten, Dörfern und Gemeinden müssen wir
41 aufrechterhalten. Sie ist unsere Visitenkarte vor Ort.

42 Der Landesverband unterstützt mit einer zentralen Kampagnen- und Gestaltungslinie die
43 Gliederungen mit einheitlichem und vor allem funktionalem Wahlkampfmaterial, welches
44 die Anforderungen vor Ort abbildet. In Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen
45 Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) unterstützen wir die Gliederungen bei
46 rechtlichen Fragestellungen und bieten Seminare für die Personen an, die ehrenamtlich
47 im Wahlkampf Verantwortung tragen. Im Frühjahr 2023 wollen wir zusätzlich zum
48 (jährlichen) Landesparteitag auch wieder eine Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz
49 durchführen und dort den inhaltlichen und organisatorischen Auftakt für die intensive
50 Vorbereitungsphase der Kommunalwahl setzen.

51 Die Chancen der voraussichtlichen Absenkung des passiven Wahlrechts auf 16 Jahre
52 wollen wir gemeinsam mit den Jusos und der SGK nutzen.

53 **(Ober-)Bürgermeister:innenwahlen**

54 In den letzten Jahren hat die SPD Baden-Württemberg eine ganze Reihe von oft jungen
55 Kandidat:innen hervorgebracht, die bei Bürgermeister- und
56 Oberbürgermeister:innenwahlen erfolgreich waren. Um unserem Ziel, die
57 Gestaltungsmöglichkeit in den Rathäusern unseres Landes zu nutzen, weiter näher zu
58 kommen, werden wir das beschlossene Konzept „Mehr Rote Rathäuser“ mit Leben füllen.
59 Durch den regelmäßigen Austausch auf Ebene der Regierungsbezirke werden wir Potential
60 identifizieren und das innerparteiliche Kandidat:innenpotential erschließen. Einen
61 besonderen Fokus legen wir dabei auf die Gewinnung von weiblichen Bewerberinnen, denn
62 Gleichstellung ist nicht nur ein Thema für Landtags- und Bundestagswahlen. Wir werden
63 Kandidaturen weiterhin hauptamtlich und finanziell unterstützen.

64 **Europawahl 2024**

65 Die gleichzeitig mit den Kommunalwahlen stattfindende Europawahl im Frühjahr 2024 ist
66 für uns von herausragender Bedeutung. Die Klimakatastrophe, die Corona-Pandemie und
67 der Ukrainekrieg zeigen erneut, wie wichtig ein handlungsfähiges Europa ist. Deshalb
68 werden wir unseren Kontinent nicht den Rechtspopulist:innen und Europafeind:innen
69 überlassen. Wir stehen für ein mutiges, weltoffenes und vereintes Europa und werden
70 einen engagierten Wahlkampf mit unserer/ unserem baden-württembergischen
71 Spitzenkandidat:in führen. Die Aufstellung unserer Landesliste für die Europawahl
72 2024 soll bei einer Landesdelegiertenkonferenz 2023 - im Anschluss an den
73 Landesparteitag - durchgeführt werden.

74 **EINE ORGANISATION VOLLER LEBEN – IM HAUPT- UND EHRENAMT**

75 **Handlungs- und Kampagnenfähigkeit stärken**

76 Unsere Partei ist kein Selbstzweck, sondern ein Ort, an dem Ideen entstehen, die wir
77 mit den Menschen im Land umsetzen werden. Eine flächendeckende Kampagne in kurzer
78 Reaktionszeit organisieren und umsetzen, politische Entwicklungen aufnehmen und dafür
79 auch spannende Diskussions- und Entscheidungsprozesse ermöglichen – für all das hat
80 die Organisationspolitische Kommission im vergangenen Arbeitsjahr Empfehlungen
81 erarbeitet. Die folgenden Empfehlungen der Organisationspolitischen Kommission wollen
82 wir im kommenden Arbeitsjahr umsetzen. Die Organisationspolitische Kommission soll
83 auch über das Jahr 2022 hinaus tätig sein und die Umsetzung der beschlossenen
84 Vorschläge begleiten.

85 Die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit der Ortsvereine und Kreisverbände steht vor
86 großen Herausforderungen. Hierzu werden die Kreisverbände beginnend ab dem 4. Quartal
87 2022 jährlich mit Unterstützung der Regionalzentren und auf Grundlage der
88 Empfehlungen der Organisationspolitischen Kommission Kreisentwicklungskonferenzen
89 durchführen. Mit einer qualitativen Befragung der Kreisvorsitzenden im Jahr 2023 wird
90 die Organisationspolitische Konferenz die Kreisentwicklungskonferenzen begleiten.

91 Die Arbeitsgemeinschaften stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie die übrigen
92 Gliederungen der Partei. Gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften wird eine engere
93 Verzahnung der Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften mit der des Landesvorstands
94 erarbeitet, um die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit der Partei insgesamt zu stärken.
95 Grundlage dafür soll unter anderem ein Arbeitsprogramm der Arbeitsgemeinschaften
96 sein, über das der Landesvorstand informiert wird. Darüber hinaus prüft der
97 Landesvorstand die Einrichtung eines Fonds für besondere Projekte zur Stärkung der
98 Kampagnenfähigkeit der Arbeitsgemeinschaften.

99 Im Hauptamt des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg ist eine
100 Organisationsentwicklung notwendig, um Prozesse zu optimieren und mehr Ressourcen für
101 die direkte Kampagnenfähigkeit der Partei freizumachen. Dies betrifft sowohl die
102 Regionalzentren als auch die Landesgeschäftsstelle. In dem Prozess sollen die
103 Strukturen der Regionalzentren und der Landesgeschäftsstelle, das Verhältnis von
104 Hauptamt und Ehrenamt sowie die Organisation insgesamt weiterentwickelt werden.

105 **Bessere Verzahnung auf Arbeitsebene**

106 In den letzten Jahren wurde die Zusammenarbeit zwischen Landesverband, Landtags- und
107 Bundestagsfraktion und Kommunen kontinuierlich intensiviert. Auf allen Ebenen finden
108 regelmäßige Treffen statt, um die Parteilarbeit besser und vor allem schneller
109 miteinander abzustimmen. Wir verstehen uns zunehmend als Einheit und bündeln unsere
110 Potentiale, auch wenn die verschiedenen Ebenen aufgrund gesetzlicher Vorgaben
111 getrennt sind. Aber nicht nur die politische Führung muss sich weiter besser
112 verzahnen, sondern auch die Arbeitsebene. Dafür soll im Jahr 2023 eine Tagung mit
113 allen Mitarbeitenden der verschiedenen Ebenen stattfinden, um Abläufe und Prozesse
114 gemeinsam zu erarbeiten.

115 **Durch Qualifizierung zum Erfolg**

116 Für den Erfolg jeder Organisationsentwicklung ist die Entwicklung von
117 Qualifizierungsangeboten von zentraler Bedeutung. Wir wollen die schon bestehenden
118 Fortbildungsangebote (FES, Parteischule, Arbeitsgemeinschaften, Landesverband,

119 Regionalzentren) besser vernetzen und bekannt machen. Ein Teil des
120 Qualifizierungskonzepts wird sein, dass in einem der Schulungsmodulare für die neu
121 gewählten Mitglieder von Vorständen der Parteigliederungen das Thema „Gleichstellung“
122 explizit als solches behandelt wird. In diesem Modul wird über die vorgeschriebenen
123 Quoten, geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Sprache, und die Arten und
124 Weisen, in welchen Vielfalt in der SPD im Parteilalltag gelebt werden kann,
125 informiert. Ein attraktiveres und erweitertes Qualifizierungsangebot der
126 Landespartei kann jedoch nur gelingen, wenn wir verbindliche Angebotsstrukturen
127 schaffen und dafür engagierte Hauptamtliche und Fachleute aus dem Ehrenamt gewinnen.
128 Dazu ist eine zusätzliche hauptamtliche Koordinierung und Betreuung in der
129 Landesgeschäftsstelle erforderlich. Im kommenden Arbeitsjahr soll ein eigenes
130 Qualifizierungskonzept durch den Landesvorstand erarbeitet werden.

131 **Frauen und Diversität nachhaltig fördern und stärken**

132 Wir legen großen Wert darauf, dass unsere Partei die gesellschaftliche Realität
133 abbildet. Dazu gehört der Abbau von Hindernissen und gezielte Förderung von
134 gesellschaftlichen Gruppen, die bislang bei Mitgliedern, Kandidierenden,
135 Mandatstragenden unterrepräsentiert sind. In Bezug auf die Förderung von Frauen wird
136 die Arbeit der Arbeitsgruppe des Landesvorstands daher auch im kommenden Arbeitsjahr
137 fortgeführt. Die Arbeitsgruppe wird dem Landesvorstand im Herbst 2022 konkrete
138 Umsetzungsschritte vorschlagen, um hinderliche Strukturen für Frauen abzubauen und
139 gezielt junge Frauen nachhaltig zu fördern. Hierzu wird ein Mentoring-Programm
140 entwickelt. Auf dieser Erfahrung baut der Landesvorstand auf und entwickelt gemeinsam
141 mit entsprechenden Arbeitsgemeinschaften und Gruppierungen Vorschläge, um auch für
142 Menschen aus weiteren in der Partei unterrepräsentierten Gruppen, ein Engagement für
143 die Partei attraktiv zu machen.“

144 Der Landesvorstand wird eine Arbeitsgruppe einrichten, die Vorschläge zur Etablierung
145 einer Ombudsstelle auf Landesebene erarbeitet, an die sich u.a. Frauen wenden können,
146 wenn sie in der Partei Nachteile aufgrund ihres Geschlechts erfahren haben. Die ASF
147 und andere Arbeitsgemeinschaften werden an diesem Prozess beteiligt.

148 **BEZIEHUNGEN INTENSIVIEREN**

149 **Kontakte wiederbeleben**

150 Überall dort, wo Menschen sich für andere Menschen einsetzen, wollen wir verlässliche
151 Ansprechperson sein. Es lohnt sich, unsere Kontakte zu Vor- und Umfeld-Organisationen
152 wieder zu intensivieren und für themenbezogene Bündnisse zu nutzen. Dazu wollen wir
153 regelmäßig Repräsentant:innen dieser Organisationen zu Gremiensitzungen einladen, um
154 uns themenbezogen mit ihnen auszutauschen. Entscheidend ist aber auch, dass wir aktiv
155 auf potenzielle Unterstützer:innen und Sympathisant:innen zugehen und dort Präsenz
156 zeigen, wo Menschen zusammenkommen und Diskurse vorantreiben. Außerdem werden wir
157 weiterhin das Gespräch und den Austausch mit den Betriebs- und Personalrät:innen
158 fortsetzen. In welchem Format wir dies im kommenden Jahr tun werden, erarbeiten wir
159 gemeinsam mit der AfA.

160 **Zielgruppenarbeit ausbauen**

161 Bei der kommenden Landtagswahl wollen wir verlorene Wähler:innengruppen, z.B. Frauen
162 und Jungwähler:innen, wiedergewinnen. Da es in Baden-Württemberg nicht die klassische
163 Zielgruppe der „Arbeiter:innen“ gibt, sondern vielmehr eine stark fregmetierte
164 Arbeiter:innenschaft, müssen wir unsere Zielgruppen ausbauen, z.B. im Mittelstand
165 oder um Personen mit hohem Ausbindungsstand oder überdurchschnittlichem Einkommen.
166 Wenn wir erfolgreich Politik machen wollen, müssen wir ein klareres Profil erlangen,
167 neue Themen entwickeln und diese stärker als bisher an die Zielgruppen
168 transportieren. Aufbauend auf den Ergebnissen der Organisationspolitischen Kommission
169 wollen wir das Zusammenspiel von Arbeitsgemeinschaften und den verschiedenen Ebenen
170 unserer Partei bei unserer Zielgruppenarbeit weiter professionalisieren.

171 **KLARES PROFIL ENTWICKELN**

172 Neben inhaltlichen Positionen ist ein klares Profil für die SPD Baden-Württemberg
173 wichtig. Damit ist ein Bild gemeint, das beschreibt, *wie* wir Politik machen. Durch
174 das Profil wissen Menschen nicht nur, wofür wir stehen. Sie erhalten auch eine
175 Vorstellung davon, mit welchem Stil wir unsere Ziele umsetzen wollen. Das Bild, das
176 die Menschen von uns haben, ist zwar nicht vollständig durch uns gestaltbar – doch
177 vieles liegt in unserer Hand.

178 In den letzten Jahren sind wir als geschlossene Partei aufgetreten. Dieser Weg muss
179 weiterverfolgt werden. Das Miteinander soll nach außen im Vordergrund stehen und nach
180 innen gelebt werden. Wir wollen den Menschen in Baden-Württemberg zeigen, wer wir
181 wirklich sind. Dazu wollen wir auch den inhaltlichen und personellen Aufbruch in
182 Landesvorstand, Landtagsfraktion, Landesgruppe sowie Kreisverbänden und Ortsvereinen
183 besser sichtbar machen. Dieses Profil gilt es weiterzuentwickeln und die Erkenntnisse
184 der letzten zwei Wahlen einfließen zu lassen.

185 **GUTE KOMMUNIKATION ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG**

186 Entscheidend für eine positive Entwicklung der SPD in Baden-Württemberg sind eine
187 erfolgreiche Kommunikationsstrategie in der Oppositionsrolle, eine aktive Community
188 Arbeit und eine effektive interne Verzahnung. Die in den letzten Jahren begonnenen
189 Ansätze in der digitalen Arbeit, Social Media, dem Community Management und der
190 internen Kommunikation müssen weiter gefestigt werden.

191 **Community-Arbeit intensivieren**

192 Viele Nachrichten, Informationen und weite Teile des öffentlichen
193 Meinungsbildungsprozesses finden inzwischen weit ab von klassischen Medien, wie
194 Zeitungen oder Fernsehen, statt. Eine effektive interne Community-Arbeit und
195 gleichzeitige Verzahnung der Kommunikationsziele sind entscheidend dafür, sich in der
196 Oppositionsrolle bemerkbar zu machen und mit der eigenen Community diesem Trend
197 entgegenzuwirken. Positive Erfahrungen im Wahlkampf haben gezeigt, dass die SPD alles
198 andere als machtlos ist, wenn es um die Verteidigung sozialdemokratischer Werte im
199 Netz geht, denn eine große Volkspartei wie die SPD kann durch die Verknüpfung
200 digital-analog durch Mitglieder und Sympathisant:innen einen kompetitiven Vorteil
201 vorweisen, wenn diese Strukturen sinnvoll gebündelt werden, Mikroinfluencer:innen
202 genutzt und unsere Mitglieder im Netz nicht allein gelassen werden.

203 **Interne Kommunikation ausbauen**

204 Wir wollen nach außen geschlossen und kraftvoll auftreten – die Basis dafür schaffen
205 wir mit unserer internen Kommunikation. Mit unserer internen Kommunikation wollen wir
206 unsere Mitglieder nicht nur schnell und offen informieren, sondern Wissensmanagement
207 fördern und Motivation bewirken. Wir wollen mit unseren Mitgliedern möglichst viel
208 darüber sprechen, was wir tun und warum wir es tun. Dadurch wollen wir die
209 Identifikation mit der Partei stärken und unsere Mitglieder motivieren, sich noch
210 mehr zu engagieren und unsere Botschaften zu verbreiten. Dabei ist einer klaren
211 konzeptionellen Linie in der Planung und Durchführung zu folgen. Nachdem im letzten
212 Arbeitsjahr die bestehenden internen Kommunikationskanäle analysiert und Ziele
213 formuliert wurden, wollen wir in diesem Arbeitsjahr das Instrumentarium festlegen,
214 konkrete Maßnahmen entwickeln und realisieren.

215 Im Anschluss an den Grundsatzbeschluss für den Bereich Kinder-, Jugend- und
216 Familienpolitik, den wir auf unserem Landesparteitag im Frühjahr 2022 verabschiedet
217 haben, sehen wir für das Jahr 2023 einen breiten Beteiligungs- und Diskussionsprozess
218 innerhalb und außerhalb der Landespartei vor. Dazu gehören Überlegungen für eine
219 sozialpolitische Digitalisierungsstrategie für Baden-Württemberg. Zudem werden wir
220 bis zum Landesparteitag 2023 ein Konzept für eine sozialdemokratische
221 Landesarbeitsmarktpolitik entwerfen.

222 **NEUE MITGLIEDER GEWINNEN UND BESTEHENDE MITGLIEDER BINDEN**

223 Unsere Mitglieder sind das Fundament unserer politischen Arbeit. Sie sind die
224 Schnittstelle zu den Menschen vor Ort, engagieren sich in unseren Parteistrukturen
225 und übernehmen Verantwortung, indem sie sich in politischen Ämtern auf
226 unterschiedlichen Ebenen für die Gesellschaft und unsere Politik engagieren. In den
227 vergangenen Jahren ging die Zahl unserer Mitglieder, wie auch bei anderen Parteien,
228 immer weiter zurück. Dieser Trend erfordert eine Weiterentwicklung unserer
229 Mitgliederorganisation, um unsere Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit in der Fläche
230 Baden-Württembergs zu erhalten.

231 Um dem etwas entgegenzusetzen, wird der Landesvorstand eine Strategie entwickeln, die
232 unsere Mitgliederpolitik professionalisieren und stärken soll. Sie soll die
233 Bedürfnisse potenzieller und bestehender Mitglieder in mehreren Phasen beleuchten und
234 für die jeweilige Zielgruppe entsprechende Angebote und Ansprachekonzepte entwickeln.
235 Das Ziel ist eine ganzheitliche Strategie zur Gewinnung, Entwicklung und Bindung von
236 Mitgliedern in der SPD Baden-Württemberg. Hierzu wollen wir uns mit befreundeten
237 Organisationen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, austauschen.

238 **JUNGE TALENTE FÖRDERN UND EINBEZIEHEN**

239 Personalentwicklung ist ein wichtiger Baustein für die Erneuerung der Partei in
240 Baden-Württemberg. Unser Nachwuchsprogramm „Talentwerkstatt – 10 unter 35“ ist 2020
241 gestartet, konnte corona-bedingt jedoch nicht wie gewünscht zu Ende gebracht werden.
242 Aufgrund des enormen Potentials der Talentwerkstatt zur Personalentwicklung und der
243 überwiegend positiven Rückmeldungen, wollen wir das Projekt im Jahr 2023 in
244 Zusammenarbeit mit den Jusos weiterführen und das geplante Alumni-Netzwerk aufbauen.

245 Mehr denn je ist die junge Generation mit den Konsequenzen heutiger Entscheidungen
246 konfrontiert. Deshalb wollen wir mit Vertreter:innen der nachfolgenden Generationen
247 im Gespräch bleiben, die Sichtweise junger Menschen in unsere politischen
248 Entscheidungen einbeziehen und diesen mehr Gehör verschaffen. Dafür kann der in der
249 Analyse der Landtagswahl vorgeschlagene „ZukunftsJugendRat“ eine Möglichkeit bieten.
250

Antrag AS 01: Sozialer Aufbruch für Baden-Württemberg

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

1 Sozialer Aufbruch für Baden-Württemberg

2 Wir wollen den Sozialen Aufbruch für Baden-Württemberg. Es ist die Überzeugung der
3 Sozialdemokratie, dass die sozialen Umstände, in denen wir leben, nicht
4 schicksalsgegeben sind. Sie sind nicht allein die Angelegenheit von Einzelpersonen,
5 sondern betreffen die Gesellschaft als Ganze. Diese sozialen Umstände sind unter
6 anderem Folge von Politik und davon, wie eine Gesellschaft ihr Zusammenleben
7 organisiert und nach welchen Werten sie lebt. Wir wollen eine Politik in Baden-
8 Württemberg, die soziale Ungleichheiten überwindet und gleiche Lebensverhältnisse in
9 Baden-Württemberg schafft, und die all ihre Maßnahmen und Entscheidungen stets auf
10 dieses Ziel hin überprüft. Jedem Menschen soll eine solche Politik gerechte Chancen
11 in dieser Gesellschaft ermöglichen. Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit,
12 Respekt, Freiheit – das sind die Grundsätze für unsere Sozialpolitik. Der Anspruch
13 einer diskriminierungsfreien Gesellschaft reicht uns als SPD Baden-Württemberg nicht
14 aus, da dieser lediglich die Abwesenheit von Benachteiligung und
15 Menschenfeindlichkeit beschreibt.

16 Unser Ziel ist die angstfreie Gesellschaft. Unsere sozialdemokratischen Grundwerte
17 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Voraussetzung für eine angstfreie
18 Gesellschaft und können nur in ihr verwirklicht werden. Unser Freiheitsbegriff steht
19 dabei im Zentrum unserer Sozialpolitik. Wir wollen, dass alle Menschen die Freiheit
20 haben, im Leben erreichen zu können, was sie sich erträumen, wofür sie arbeiten,
21 lernen, und sich bemühen – und zwar in sozialer Sicherheit. Freiheit bedeutet, das
22 Lebenskonzept bzw. Lebensmodell entwerfen und verfolgen zu können, das den eigenen,
23 individuellen Talenten und Potentialen entspricht. Dieser Freiheitsbegriff beinhaltet
24 ausdrücklich auch, frei zu sein von Armut, sozialem Abstieg, sozialer Isolation und
25 Einsamkeit. Das schließt die Freiheit vor Gewalt, Erniedrigung, Demütigung und
26 Ausgrenzung mit ein. Wir verstehen den Staat, eingebettet in eine aktive
27 Zivilgesellschaft, als Garanten dieser Freiheiten. Unser Staatsverständnis ist ein
28 Positives. Wir wollen einen Staat, der an der Seite der Menschen steht, Chancen
29 ermöglicht und bei Härten im Leben unterstützt. Dieser Staat funktioniert jedoch nur
30 in einer starken, selbstbewussten, hörbaren und diskussionsbejahenden
31 Zivilgesellschaft. Unsere Sozialpolitik soll mit darauf hinwirken und dazu einladen,
32 dass sich möglichst alle Menschen im Land, unabhängig von ihrem persönlichen
33 Hintergrund, als Teil dieser Zivilgesellschaft sehen und sich aktiv in diese
34 einbringen. Leitprinzip unseres Sozialstaats ist ein Ansatz, der die individuelle
35 Lebenslage der Bürger:innen in den Blick nimmt.

36 Um diesen sozialen Aufbruch für Baden-Württemberg zu gestalten, bedarf es Mut und
37 eines Konzeptes. Seit 2016 merken wir, wie in Baden-Württemberg auf Probleme oftmals
38 nur mit notdürftigen Korrekturen reagiert oder diese gar gleich gänzlich ignoriert
39 werden. Symptom dessen ist die ausufernde Modellpolitik des grüingeführten
40 Sozialministeriums: Anstatt Strukturen nachhaltig weiterzuentwickeln, werden vermehrt
41 einzelne Modellprojekte finanziert. Dabei entstehen zwar zeitlich befristete
42 Leuchttürme, letztendlich wird in der Fläche des Landes aber schlicht der Status Quo
43 zementiert. Mit dem sozialen Aufbruch formulieren wir ein Zielbild, das umfangreiche
44 Finanzierungs- und haushaltspolitische Veränderungen voraussetzt. Wir sind überzeugt,
45 dass die hier vorgeschlagenen Reformen unter grundsätzlichen Erwägungen solider
46 Finanzpolitik entsprechen. Dazu gehört das Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen
47 als Schwache etwa in Form einer Vermögensabgabe. Dazu gehört aber auch der Grundsatz,
48 dass kluge und frühe Investitionen späte Armut und sozialpolitische Kosten vermeiden.
49 Dazu gehört auch das Bekenntnis zur Konnexität im Bewusstsein der vielfältigen
50 Aufgaben und haushaltspolitischen Belange der Kommunen.

51 In einem offenen Beteiligungsprozess hat der SPD-Landesvorstand mit externen
52 Expert:innen und Fachleuten aus dem ganzen Land ein umfassendes Konzept erarbeitet,
53 das unseren sozialpolitischen Anspruch für die 20er Jahre definiert. Dieses soll
54 einer SPD-geführten Landesregierung als inhaltliche Grundlage dienen.

55 Wir verstehen den Sozialen Aufbruch als fortlaufenden Prozess. Der vorliegende Antrag
56 soll dabei den Startpunkt legen und sozialpolitische Grundsatzentscheidungen der SPD
57 Baden-Württemberg in den Bereichen Armutsbekämpfung, Gesundheit, Pflege, Integration,
58 Inklusion, sowie Gleichstellung und Vielfalt herbeiführen. Für den Bereich Kinder-,
59 Jugend- und Familienpolitik wurde bereits auf dem SPD-Landesparteitag im Frühjahr
60 2022 ein Leitantrag verabschiedet. Diesen verstehen wir als Teil unseres Sozialen
61 Aufbruchs für Baden-Württemberg.

62 Im Anschluss an diesen Grundsatzbeschluss ist für das Jahr 2023 ein breiter
63 Beteiligungs- und Diskussionsprozess innerhalb und außerhalb der Landespartei
64 vorgesehen. Dazu gehören Überlegungen für eine sozialpolitische
65 Digitalisierungsstrategie für Baden-Württemberg. Zudem werden wir bis zum
66 Landesparteitag 2023 ein Konzept für eine sozialdemokratische
67 Landesarbeitsmarktpolitik entwerfen.

68 **1. Armut bekämpfen**

69 Ein aktiver fürsorgender Sozialstaat muss Wege und Perspektiven aus der Armut
70 ermöglichen. Er muss Präventionsarbeit leisten, um Menschen vor Armut zu bewahren.
71 Von Armut Betroffene sind dabei nicht ausschließlich Empfänger:innen von staatlicher
72 Hilfe, sondern genauso auch selbst aktiv Handelnde. Die Befähigung zur Selbsthilfe
73 wollen wir deshalb bewusst stärken.

74 Wir wollen Strukturen von Armutsbekämpfung entwickeln, die eine aktive Beteiligung
75 von Betroffenen ermöglichen. Dreh- und Angelpunkt sozialdemokratischer
76 Armutsbekämpfung muss daher eine aktive und aufsuchende Sozialarbeit sein, die
77 quartiersbezogene und serviceorientierte Anlaufstellen und Hilfsangebote bietet.
78 Betroffene sollen aus einer Hand Hilfe für ihre diversen und oftmals

79 zusammenhängenden Anliegen erhalten. Den Mitarbeiter:innen der Anlaufstellen wollen
80 wir entsprechende Schulungsangebote anbieten, damit den vielfältigen Ursachen von
81 Armut - angefangen bei gesundheitsbezogenen Aspekten, über Fragen der Bildung bis hin
82 zur Situation auf dem Arbeitsmarkt - gemeinsam mit den Betroffenen möglichst effektiv
83 begegnet werden kann. Die bereits existierenden Strukturen und Angebote müssen
84 stärker koordiniert werden. Um Armut in Baden-Württemberg zu überwinden, müssen
85 gesellschaftliche, politische und soziale Akteur:innen enger zusammenarbeiten. Die
86 Gewerkschaften sind ein wichtiger Partner für sozialdemokratische Armutsbekämpfung.
87 Der Schuldnerberatung muss eine wichtige Rolle in quartiersnaher Beratung zukommen.
88 Insbesondere bei der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit ist Entschuldung ein zentraler
89 Ansatz. Deshalb wollen wir präventive und vernetzte Beratungsangebote zur Vermeidung
90 von Wohnungslosigkeit ausbauen und unterstützen. Auch in Baden-Württemberg wollen wir
91 ein Modellprojekt „Housing First“ starten. Statt einer Unterbringung in
92 Notunterkünften erhalten wohnungslose Personen direkten Zugang zu einer „eigenen“
93 Wohnung und weitere Unterstützung. Aufbauend auf der Sicherheit und Stabilität, die
94 eine solche „eigene“ Wohnung bietet, können die weiteren Angelegenheiten angegangen
95 werden. Behördenunabhängige und staatliche Beratung, beispielsweise in Jobcentern –
96 muss in Baden-Württemberg besser austariert werden. Beratungsstrukturen müssen mit
97 staatlichen Verwaltungsstellen gut zusammenarbeiten, damit die nötige Verbindlichkeit
98 garantiert ist und Servicestellen zum Beispiel in akuten Notlagen in Vorleistung
99 gehen können. Dabei müssen Beratungs- und Hilfsangebote für Betroffene gestaltet
100 werden, also unbürokratisch, verlässlich, niederschwellig, empathisch und bürgernah.
101 Der Mensch, nicht der Staat, steht im Mittelpunkt aller Bemühungen zur
102 Armutsbekämpfung.

103 Die SPD Baden-Württemberg will

- 104 • die Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes wieder aufnehmen und in
105 regelmäßigen Abständen verbindlich fortschreiben.
- 106 • landesweit ein System hauptamtlicher Koordinator:innen für die Quartiersarbeit
107 etablieren, die Maßnahmen aller Ebenen besser miteinander zu verzahnen.
- 108 • sich für Familienzentren mit einem sozialraumorientierten Ansatz einsetzen, um
109 benachteiligte Kinder und Familien gezielt in ihrem jeweiligen Lebensraum zu
110 unterstützen.
- 111 • Beratungs- und Hilfsangebote aufsuchend und niederschwellig organisieren und
112 barrierefrei, in leichter Sprache, und mehrsprachig auf Angebote aufmerksam
113 machen.
- 114 • Mechanismen, die automatisch greifen, wenn Notlagen eintreten, und einen
115 schnellen Direktausgleich ermöglichen (wie z.B. die aktuellen Einmalzahlungen
116 zur Entlastung bei Energiekosten). Notfonds können hier zu stärkerer
117 individueller und gesellschaftlicher Resilienz beitragen.
- 118 • bei Bedarf die Arbeit der Tafelläden unterstützen und gesetzliche Regelungen
119 fordern, damit Supermärkte noch haltbare Lebensmittel einfacher den Tafeln zur
120 Verfügung stellen können. Wir richten einen Notfallfonds ein, damit die Tafeln
121 auch in Krisenzeiten ihre Arbeit fortsetzen können.

- 122 • mehr genossenschaftliches Bauen und mehr geförderten Wohnraum. Die Politik muss
123 stärker mit freien Trägern zusammenarbeiten, um Sozialwohnungen längerfristig
124 dem spekulativen Markt zu entziehen. Ein Landesprogramm „Wohnen“ analog dem
125 Bundesprogramm „Soziale Stadt“ soll Kommunen unterstützen, mehr soziale
126 Wohnraumversorgung zu realisieren. Wir fordern eine
127 Landesentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau und Quartiersentwicklung um auf
128 Landesflächen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- 129 • dass Armut nicht weiterhin Grund für Ungerechtigkeiten in unserem Justizsystem
130 bleiben darf. Wer sich keinen Rechtsbeistand leisten kann, muss schneller und
131 unmittelbarer eine Pflichtverteidigung zur Verfügung gestellt bekommen. Unser
132 Ziel ist es außerdem, den Anteil von Ersatzfreiheitsstrafen erheblich zu
133 reduzieren. Im Gefängnis sollte nur sitzen, wer zu einer Freiheitsstrafe
134 verurteilt wurde. Als SPD Baden-Württemberg setzen wir uns zudem dafür ein,
135 Straftaten, die häufig in engem Zusammenhang mit Armut stehen, wie
136 beispielsweise das Schwarzfahren, als Tatbestand aus dem Strafgesetzbuch zu
137 streichen.

138 2. Ein Gesundheitssystem für alle

139 Gesundheit ist ein Menschenrecht. Eine qualitative und wohnortnahe
140 Gesundheitsversorgung in ganz Baden-Württemberg – unabhängig von Wohnort, Herkunft,
141 Alter, sozialer Lebenssituation, sexueller Orientierung und geschlechtlicher
142 Identität – verstehen wir als Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft.
143 Gesundheit betrifft die gesamte Gesellschaft und ist Voraussetzung für soziale,
144 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Gesundheitsversorgung ist Teil der
145 öffentlichen Daseinsvorsorge. Ihre Finanzierung und Gestaltung ist demnach eine
146 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Primat hierfür liegt bei der Politik. Gute
147 Gesundheitsversorgung muss sich am Gemeinwohl ausrichten – nicht an Fragen der
148 Wirtschaftlichkeit und schon gar nicht an den Renditeinteressen einzelner Unternehmen
149 oder gar privater Equity Investoren. Wir stellen uns entschieden gegen Monopol- und
150 Oligopolbildung im Gesundheitswesen. Wir werden entsprechende Maßnahmen im Land
151 ergreifen, um deren weitere Verbreitung zu begrenzen. Um dem Anspruch der
152 öffentlichen Daseinsvorsorge gerecht zu werden, müssen Bund, Länder und Kommunen
153 ihrer jeweiligen Verantwortung nachkommen. Wir bekennen uns zum Korporatismus im
154 Gesundheitswesen.

155 *Kliniklandschaft in Baden-Württemberg*

156 In Baden-Württemberg ist ein signifikanter Umbau der stationären
157 Versorgungsstrukturen im Gange. An die 50 Prozent der Kliniken im Land sind
158 defizitär.

159 Die SPD Baden-Württemberg will

- 160 • auch in Zukunft eine duale Krankenhausfinanzierung durch Krankenkassen und das
161 Land.
- 162 • eine umfassende, nachvollziehbare und an objektiven Kriterien messbare
163 Krankenhausplanung mit einer maximalen PKW-Fahrzeit von 30 Minuten für die

- 164 Bevölkerung zum nächsten Krankenhaus. Die Sicherstellung der flächendeckenden,
165 stationären, wohnortnahen Basis- und Notfallversorgung schließt – wo möglich –
166 auch die Erhaltung von Geburtshilfestationen und Pädiatrien mit ein. Bei der
167 Planung wollen wir auch Faktoren wie die Patient:innensicherheit, eine bestimmte
168 Mindestanzahl an Geburten und die Qualitätssicherung berücksichtigen.
- 169 • dass die Krankenhausschließungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung ab
170 sofort ausgesetzt wird, bis ein neues Konzept für die Krankenhausplanung
171 vorliegt.
 - 172 • die Krankenhausfinanzierung grundlegend reformieren. Die bisherigen jährlichen
173 Landesmittel für Krankenhausinvestitionen von etwa 450 Millionen Euro wollen wir
174 auf 750 Millionen Euro erhöhen.
 - 175 • die Einrichtung eines Notfallfonds, der mit jährlich 100 Millionen Euro die
176 Versorgung wichtiger Krankenhäuser in wirtschaftlichen Notlagen in Baden-
177 Württemberg für einen begrenzten Zeitraum von maximal fünf Jahren unterstützt.
 - 178 • Wenn durch Schließungen kleinerer Krankenhäuser längere Wege entstehen und eine
179 Unterversorgung droht, wollen wir Primärversorgungszentren (PVZ) gründen, die
180 eine Erstversorgung organisieren. PVZs haben dieselbe Funktion wie
181 Aufnahmeeinheiten in großen Krankenhäusern, d.h. dass dort eine Erstdiagnostik
182 vor Ort sowie eine Basisnotfallversorgung durchgeführt werden kann.
 - 183 • Bei den Universitätskliniken sorgen wir für eine ausreichende Finanzierung der
184 nötigen Neubauten, Sanierungen und Ersatzanschaffungen. Dabei haben wir den
185 Anspruch, dass Unikliniken auch als Arbeitgeber spitze sein sollen, nicht nur in
186 Forschung und Versorgung.

187 *Die ambulante Versorgung*

188 Auch die ambulante Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge und ist damit eine
189 wesentliche Aufgabe des Landes.

190 Die SPD Baden-Württemberg will

- 191 • medizinische Versorgungszentren in gemeinwohlorientierter Trägerschaft weiter
192 ausbauen und Bestrebungen hin zu kooperativen Versorgungsstrukturen wie
193 beispielsweise Berufsausübungsgemeinschaften intensivieren.
- 194 • kommunales Mitberatungsrecht in den Zulassungsausschüssen vorsehen.
- 195 • eine Stärkung von Selektivverträgen der Krankenkassen.
- 196 • die sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung ausbauen und fördern sowie für
197 eine sinnvolle Verzahnung, z.B. in der Notfallbehandlung oder der Radiologie,
198 sorgen.

199 Im ambulanten Bereich sind die Kassenärztlichen sowie Kassenzahnärztlichen
200 Vereinigungen (KVBW/KZV BW) für die Sicherstellung der Versorgung, d.h. für die
201 Besetzung mit niedergelassenen Ärzt:innen, zuständig. Wir bekennen uns zur Erfüllung
202 des Sicherstellungsauftrages durch die Selbstverwaltung. Gleichzeitig erwarten wir
203 aber von den Körperschaften der Selbstverwaltung, dass sie zukünftig ihrem Anspruch,
204 die Profession der Ärzt:innen und Zahnärzt:innen bzw. der Psychotherapeut:innen in

205 der Breite zu vertreten, gerecht werden.

206 Die SPD Baden-Württemberg will

- 207 • eine verbindliche Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent für die Vorstände
- 208 der Kammern und die KVBW bzw. die KZV BW bis zum Jahr 2026.
- 209 • eine verbindliche Zielvereinbarung zum Thema Frauenförderstrategie zwischen der
- 210 Landesregierung und den Körperschaften.
- 211 • nicht zulassen, dass künftig weiterhin mancherorts eine solche Diskrepanz
- 212 zwischen der Versorgungsrealität der Bevölkerung und den offiziell ausgewiesenen
- 213 Versorgungsgraden durch die KVBW und die KZV BW besteht.
- 214 • in Gespräche über verbindliche Zielvereinbarungen mit den Leistungserbringern
- 215 eintreten, um dem Abhilfe zu schaffen und eine bessere Verteilung von
- 216 Ärzt:innensitzen innerhalb eines Planungsbereichs zu erreichen. Wir werden alle
- 217 rechtlichen und politischen Möglichkeiten prüfen, um auf eine gute und
- 218 flächendeckende Erfüllung des Sicherstellungsauftrages durch KVBW und KZV BW
- 219 hinzuwirken. Dazu gehört auch die Entwicklung alternativer Modelle und die
- 220 Berücksichtigung des zunehmenden Wunsches nach Teilzeitarbeit, Beschäftigungen
- 221 in Angestelltenverhältnissen bzw. der Förderung von
- 222 Berufsausübungsgemeinschaften.
- 223 • als Instrument zur zusätzlichen Personalgewinnung den sektorenübergreifenden
- 224 Landesausschuss weiterentwickeln.
- 225 • das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken und die Versorgungssicherheit bei
- 226 Schwangerschaftsabbrüchen herstellen. Sie müssen Teil der ärztlichen Aus- und
- 227 Weiterbildung sein. Die Möglichkeit zu kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen
- 228 gehört zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung. Sogenannten
- 229 Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegner:innen treten wir wirksam entgegen.
- 230 • die flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen sicherstellen, die
- 231 zukünftig auch online möglich sein soll.
- 232 • die grundlegende Reform des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg. Lage, Anzahl
- 233 und Kapazitäten der Rettungswachen sowie der Notärzt:innenstandorte sind
- 234 sinnvoll zu verteilen, sodass eine flächendeckende Versorgung wieder
- 235 gewährleistet und die Vorgaben zu Rettungszeiten im Land wieder eingehalten
- 236 werden können.

237 *Psychische Gesundheit*

238 Die Corona-Pandemie hat die Defizite im Umgang mit und bei der Behandlung von
239 psychischen Erkrankungen schonungslos offengelegt: Bereits von 2011 bis 2021 nahm die
240 Zahl der Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen um 41 Prozent zu. Im gleichen
241 Zeitraum stieg der Krankenstand insgesamt nur um zwei Prozent.

242 Die SPD Baden-Württemberg will

- 243 • zur Sicherung der Qualität der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung
- 244 bedarfsgerechte und den Leitlinien entsprechende Behandlung über alle
- 245 Versorgungsbereiche hinweg.

- 246 • dass die Personalausstattung in der stationären psychiatrischen und
247 psychosomatischen Versorgung für medizinische, pflegerische, therapeutische und
248 soziale Berufe gesetzlich geregelt wird. Dabei sollen die genannten
249 Berufsgruppen ausschließlich bei der Einrichtung beschäftigt werden, die den
250 Versorgungsauftrag hat.
- 251 • dass im ambulanten psychiatrischen-psychotherapeutischen Bereich eine
252 realistische Bedarfsplanung gewährleistet wird.
- 253 • die Pflicht ambulant tätiger Psychotherapeut:innen, einen Antrag auf Behandlung
254 zu stellen, bevor die Patient:innen behandelt werden, abschaffen.
- 255 • wohnortnahe Angebote auskömmlich finanzieren. Außerdem stärken wir die
256 bestehenden gemeindepsychiatrischen Strukturen.
- 257 • eine ausreichende personelle Ausstattung psychiatrischer und psychosomatischer
258 Institutsambulanzen für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen
259 sicherstellen.
- 260 • sektorenübergreifende Ansätze stärken.
- 261 • den ambulanten Wechsel von Kinder- und Jugendpsychiater:innen zu
262 Erwachsenenpsychiater:innen zielgenauer gestalten.
- 263 • den Schutz vor psychischen Erkrankungen in der Arbeitswelt und die Prävention in
264 den Lebenswelten ausbauen.

265 *Gesundheitliche Aufklärung*

266 Wir wollen das Wissen der Menschen über ihren Körper und ihre Gesundheit vermehren.
267 Dafür fordern wir niederschwellige präventive Angebote, die es allen Menschen
268 ermöglichen, mehr auf sich selbst und die eigene Gesundheit zu achten. Dabei legen
269 wir Wert auf eine wirksame Qualitätssicherung und wissenschaftliche Evidenz.

270 Die SPD Baden-Württemberg will

- 271 • dass Gesundheitslots:innen eingesetzt werden, die Betroffene und Angehörige bei
272 Fragen der Gesundheitsförderung und -prävention begleiten und bei Fragen der
273 häuslichen, stationären und sozialen Versorgung beraten.
- 274 • in Ballungsräumen barrierefreie „Gesundheits-Kioske“ einrichten und damit
275 sicherstellen, dass es ein leicht zugängliches und barrierefreies Angebot vor
276 Ort gibt, bei dem Menschen in Fragen von Gesundheitsförderung, Krankheit und
277 Pflege Informationen und Unterstützung bekommen.
- 278 • Gesundheitspräventionsmaßnahmen in Kommunen fördern.
- 279 • umfassende ärztliche Beratungsstrukturen vor Ort in den Schulen und Kitas
280 verankern z.B. durch die flächendeckende Etablierung von Ersthelfer:innen an
281 Schulen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) soll diese Maßnahmen
282 koordinieren.
- 283 • die sozialpolitische Dimension der Gesundheitsförderung und Prävention in den
284 Fokus rücken – auch bei Erwachsenen.
- 285 • mehr Personal und eine grundsätzliche Neuorientierung für den ÖGD. Dazu gehört

286 es, einen health-in-all-policies-Ansatz zu verfolgen.

287 • einen Tarifvertrag für beim ÖGD beschäftigte Personengruppen, der den Abstand zu
288 Vergütungsregelungen in ähnlichen Tätigkeitsfeldern überwindet.

289 • den ÖGD als Anlaufstelle für Präventionsarbeit weiterentwickeln und dabei den
290 Agentur- und Dienstleistungscharakter stärken.

291 *Digitalisierung im Gesundheitswesen*

292 Die SPD Baden-Württemberg will

293 • auf Telemedizin als wirksames Instrument zur Erfüllung des
294 Sicherstellungsauftrags der KVBW und der KZV BW setzen – gerade in ländlichen
295 Gebieten. Dabei werden wir die Barrierefreiheit telemedizinischer Angebote
296 berücksichtigen.

297 • für eine gelungene Digitalisierung durchgängige Schnittstellen zwischen den
298 Akteur:innen im Gesundheitswesen gewährleisten, die eine sichere Datenweitergabe
299 automatisieren bzw. verbessern.

300 • die flächendeckende Einführung und Umsetzung der beschlossenen elektronischen
301 Patient:innenakte.

302 *Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen*

303 Eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist nur erreichbar, indem mehr
304 Menschen für das Gesundheitswesen als Arbeitnehmer:innen gewonnen werden.

305 Die SPD Baden-Württemberg will

306 • die Zahl der Medizinstudienplätze signifikant erhöhen und deren
307 Zugangsbeschränkungen überarbeiten.

308 • dass zukünftig wieder gilt: Ein Krankenhaus – eine Belegschaft – ein
309 Tarifvertrag.

310 • die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen im Gesundheitswesen
311 vereinfachen und entbürokratisieren.

312 • verbindliche Vorgaben für ausreichend Personal einführen und die Maßnahmen der
313 „Konzertierten Aktion Pflege“ auf Landesebene umsetzen. Dazu gehört die
314 Aufstockung des Personals in den Kliniken, u.a. durch die Einführung eines neuen
315 Personalbemessungsverfahrens, das den gesetzlichen Rahmen für eine ausreichende
316 Personalausstattung festlegen soll.

317 • ein Flächentarifvertrag Pflege für alle Berufsgruppen, insbesondere auch in der
318 Langzeitpflege

319 • die Steigerung der Auszubildendenzahlen.

320 • mehr eigenständige Verantwortung für Pflegekräfte und dass Aufgaben, die bisher
321 ausschließlich in der Verantwortung von Ärzt:innen liegen, auch selbständig von
322 dafür ausgebildeten Pflegekräften übernommen werden können. Dies gilt auch für
323 weiteres medizinisches Personal.

324 • eine Umstellung auf digitale Dokumentation sowie die Einführung der
325 elektronischen Patient:innenakte zur Entlastung des Pflegepersonals.

326 **3. Gute Pflege geht uns alle an**

327 Pflege ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb muss das Land Pflege
328 gemeinwohlorientiert finanzieren und gestalten. Um diesem Auftrag gerecht zu werden,
329 müssen Bund, Länder und Kommunen ihrer jeweiligen Verantwortung gerecht werden.
330 Sozialdemokratische Pflegepolitik rückt dabei den Menschen in den Mittelpunkt – seien
331 es Patient:innen, Gepflegte, pflegende Angehörige oder pflegerisches Personal. Gute
332 Pflege braucht nicht nur professionelles und gut ausgebildetes Personal, sondern ist
333 eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie
334 solidarisch unsere Gesellschaft sein kann.

335 Die SPD Baden-Württemberg will

- 336 • die Nachbarschaftsnetzwerke und Hilfsstrukturen, die während der Pandemie
337 entstanden sind, stärken.
- 338 • Pflegestrukturen, die ein würdiges Altern ermöglichen und attraktive
339 Rahmenbedingungen für Pflegekräfte gewährleisten.
- 340 • die stationäre Pflege menschenwürdig weiterentwickeln und die medizinische und
341 pflegerische Versorgung nicht nur älterer Menschen sicherstellen.
- 342 • passgenaue Lösungen vor Ort ermöglichen und Pflegekräfte, Angehörige, stationäre
343 Einrichtungen, ambulante Leistungserbringer:innen, Apotheken und
344 Heilmittelerbringer:innen stärker vernetzen.
- 345 • pflegende Angehörige besser unterstützen, z.B. indem wir die Tagespflege weiter
346 ausbauen sowie den gravierenden Mangel an Kurzzeitpflegeplätzen durch eine
347 auskömmliche Finanzierung und die Einbeziehung neuer Pflegemodelle beseitigen.
- 348 • bei der Rund-um-die-Uhr-Betreuung gute und sichere Arbeit für (vor allem
349 ausländische) Betreuungskräfte und eine bestmögliche Versorgung für
350 Pflegebedürftige ermöglichen.
- 351 • die ambulante Pflege weiter ausbauen und eine entsprechende Quartiersentwicklung
352 durch die Kommunen vorantreiben.
- 353 • ambulant betreute Wohngemeinschaften ausbauen.

354 *Solidarische Kostenverteilung in der Pflege*

355 Die SPD Baden-Württemberg will

- 356 • einen Finanzausgleich zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung, um
357 Lasten fair zu verteilen. Diesen verstehen wir als Zwischenschritt auf dem Weg
358 zu einer Pflegebürger:innenversicherung. Die Pflegeversicherung soll alle
359 pflegebedingten Kosten übernehmen.
- 360 • den Eigenanteil bei den Kosten in der stationären Pflege deckeln.
- 361 • dass die Gesetzliche Krankenversicherung die medizinische Behandlungspflege bei
362 stationärer Pflege systemgerecht vollständig übernimmt. Im Gegenzug übernimmt
363 die Pflegeversicherung nach dem Grundsatz Reha vor Pflege die Aufwendungen für
364 geriatrische Rehabilitation.
- 365 • dass Baden-Württemberg – zusammen mit den Kommunen – wieder Verantwortung für

366 Investitionskosten übernimmt.

- 367 • dass Pflegekassen und Einrichtungsträger die Möglichkeit haben, Verträge über
- 368 sektorenübergreifende, integrative pflegerische Versorgungsangebote
- 369 abzuschließen.
- 370 • dass die Mittel der Pflegeversicherung umgeschichtet werden, hin zu einer
- 371 stärkeren aufsuchenden Beratung, wie sie zum Beispiel in Pflegestützpunkten
- 372 erfolgt. Den Abschluss der oben genannten Verträge könnte man in die
- 373 Pflegestützpunkte integrieren. Die Finanzverantwortung bleibt bei der
- 374 Pflegeversicherung.
- 375 • betreutes Wohnen bzw. WGs angemessen finanziell unterstützen.
- 376 • eine Investitionsförderung für Pflegeheime durch das Land. Gemeinsam mit den
- 377 Kommunen wollen wir eine zu zwei Dritteln vom Land und zu einem Drittel von den
- 378 Kommunen finanzierte Investitionsförderung einführen. In einem ersten Schritt
- 379 soll der Kostenrichtwert angehoben werden. Ziel ist es, das Investitionsbudget
- 380 bedarfsgerecht einzusetzen und sinnvoll mit der Pflegeplanung zu verzahnen.

381 *Bessere Arbeitsbedingungen für die Pflege*

382 Die SPD Baden-Württemberg will

- 383 • Maßnahmen aus der Konzentrierten Aktion Pflege konsequent umsetzen.
- 384 • Personal aufstocken, beispielsweise durch die Einführung eines
- 385 Personalbemessungsverfahrens, das den gesetzlichen Rahmen für eine ausreichende
- 386 Personalausstattung festlegen soll.
- 387 • Maßnahmen ergreifen, um mehr Auszubildende zu gewinnen. Außerdem wollen wir
- 388 ärztliche Vorbehaltsaufgaben hinterfragen und Pflegefachpersonen mehr
- 389 Entscheidungsfreiheit geben.
- 390 • die Umstellung auf digitale Dokumentation sowie die Einführung der
- 391 elektronischen Patient:innenakten zur Entlastung des Pflegepersonals.
- 392 • die Ausbildung zur Pflegeassistenz reformieren, um sie mit der generalistischen
- 393 Pflegeausbildung zu verzahnen. Der Zugang zu einer fast zweijährigen
- 394 Pflegeassistentenausbildung soll niedrigschwellig bleiben und gleichzeitig zu
- 395 einem vollwertigen beruflichen Abschluss weiterentwickelt werden. Zentral ist
- 396 dabei, dass der Übergang in eine verkürzte generalistische Pflegeausbildung
- 397 ermöglicht wird. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt vor.

398 *Rundum gute Pflege - rundum gute Versorgung*

399 Die SPD Baden-Württemberg will

- 400 • nach dem Vorbild des Modells „Gemeindeschwester“ in Rheinland-Pfalz
- 401 flächendeckend sogenannte Community Health Nurses für Hausbesuche bei älteren
- 402 Menschen etablieren. Diese Community Health Nurses sollen Teil eines kommunalen
- 403 Gesundheitsförderungskonzepts in den Landkreisen werden.
- 404 • ambulante Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Die Qualität
- 405 ambulanter Pflege, auch bei der Betreuung und bei haushaltsnahen
- 406 Dienstleistungen, muss gewährleistet sein.

- 407 • den qualitativen und quantitativen Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege, um das
- 408 häusliche Pflegesetting zu stärken. Wir wollen die Tages- und Kurzzeitpflege an
- 409 den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientieren und entsprechend
- 410 weiterentwickeln.
- 411 • die aufsuchende Beratung ausbauen und die Pflegestützpunkte weiterentwickeln.
- 412 • den Weg des Wohn-,Teilhabe- und Pflegegesetzes konsequent weiter gehen.
- 413 • die Mitwirkungsmöglichkeiten in den Einrichtungen auch bei Pflegebedürftigkeit
- 414 oder Behinderung im Sinne von mehr Teilhabe stärken.
- 415 • in der stationären Langzeitpflege Plätze ausbauen, vor allem im städtischen
- 416 Bereich.
- 417 • Erfolgsmodell der Pflegestützpunkte weiter ausbauen und mit einer aufsuchenden
- 418 Beratung kombinieren.
- 419 • den Ausbau lokaler und regionaler Pflegeplanung, auch in Form von kommunalen
- 420 Pflegekonferenzen.
- 421 • eine qualitative Bedarfsausrichtung einführen.

422 *Digitalisierung als Chance für die Pflege*

423 Die SPD Baden-Württemberg will

- 424 • rechtliche Rahmenbedingungen für die durchgängige digitale Leistungserbringung,
- 425 -dokumentation und daraus resultierender Abrechnung schaffen, alle Handelnden
- 426 entlasten und die Qualität der Versorgung verbessern.
- 427 • dass das Land im Rahmen seiner Investitionen in die Digitalisierung auch in die
- 428 Pflege investiert. Dies gilt insbesondere für einheitliches
- 429 Dokumentationssystem, das Pflegekräfte entlastet.

430 **4. Teilhabe ermöglichen durch Inklusion**

431 Selbstbestimmt Leben, eigenständig und barrierefrei mit dem ÖPNV fahren, in der

432 eigenen Wohnung leben, den Lebensunterhalt selbstständig bestreiten oder einmal

433 unabhängig verreisen – für zu viele Menschen mit Behinderung sind das noch immer

434 unerfüllbare Träume. Aus der in Deutschland 2009 in Kraft getretenen UN-

435 Behindertenrechtskonvention ergibt sich ein klarer Auftrag für die Inklusionspolitik:

436 Menschen mit und ohne Behinderungen sollen gleichberechtigt gemeinsam leben können.

437 In fast allen Belangen der Inklusion sind wir sowohl im bundesdeutschen als auch im

438 internationalen Vergleich deutlich abgeschlagen. Inklusion ist eine

439 gesamtgesellschaftliche und sektorenübergreifende Aufgabe. Unser Ziel sind

440 bedarfsgerechte gleichwertige Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderung in

441 allen Kommunen des Landes. Gleichberechtigte Teilhabe unabhängig vom Wohn- und

442 Lebensort, personenzentrierte Bedarfsbemessung sowie die wirksame Umsetzung der UN-

443 Behindertenrechtskonvention. Der momentane Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX ist

444 ungenügend und wird nicht ordentlich umgesetzt.

445 Die SPD Baden-Württemberg will

- 446 • einen landesweit einheitlichen Rahmen für die Leistungs- und

- 447 Vergütungssystematik, der in ganz Baden-Württemberg gleichwertige
448 Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung garantiert. Dafür muss zwischen
449 Trägern, Betroffenen und Land eine Datengrundlage für Wirksamkeits- und
450 Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Anfang an vereinbart werden. Es gilt zu
451 vermeiden, dass die Umsetzung des BTHG in Form der Umstellung der einzelnen
452 Angebote in der Eingliederungshilfe zu Unklarheiten bei der fairen
453 Kostenverteilung zwischen Trägern der Eingliederungshilfe und dem Land führt.
454 Für Menschen mit Behinderung dürfen die neuen Leistungen nicht zu bürokratischem
455 Mehraufwand führen.
- 456 • eine klare Entbürokratisierung des Persönlichen Budgets, mit dem sich Menschen
457 mit Behinderung selbst Leistungen zur Teilhabe einkaufen können.
 - 458 • das aktive und passive Wahlrecht von Menschen mit Behinderung durch Aufklärung,
459 Information und Ermutigung stärken. Barrierefreie Wahllokale und ausgebildete
460 Begleitpersonen sollen allen Menschen das aktive Wahlrecht sichern.
 - 461 • eine landesweite Struktur für die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
462 (EUTB), die Vernetzung sowie Fort- und Weiterbildung organisiert, finanziell
463 unterstützen und absichern.
 - 464 • dass der Erfolg der EUTB nicht dazu führen darf, dass bewährte
465 Beratungsinfrastruktur abgebaut wird. Es muss ein gleichberechtigtes,
466 koordiniertes Mit- und Nebeneinander der Beratungssysteme geben.
 - 467 • die grundlegende Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts auch auf
468 Landesebene konsequent umsetzen. Notwendiges Personal muss rasch rekrutiert und
469 qualifiziert werden, um zum gesetzlich vorgegebenen Zeitpunkt 1. Januar 2023 zum
470 Wohle der Betroffenen eingesetzt werden zu können. Alle Beteiligten brauchen
471 ausreichend Ressourcen, um den Bedarfen und Anliegen im Einzelfall gerecht zu
472 werden und das Selbstbestimmungsrecht und Autonomie zu stärken.
 - 473 • die Angebote der „Offenen Hilfen“ auskömmlich und dauerhaft finanzieren, um
474 Familien mit Kindern oder Angehörigen mit Behinderung zu unterstützen.
475 Tagespflege, Naherholung, Ferienbetreuungsangebote und Nachbarschaftshilfe
476 stehen zu oft nicht oder nicht barrierefrei zur Verfügung.
 - 477 • die zeitnahe Wiedereinsetzung des Landesinklusionspreises.
 - 478 • die Fördersumme für das Programm Impulse Inklusion anheben.
- 479 *Bildung inklusiv gestalten*
- 480 In Regelschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen wollen wir Teilhabe und gelebte
481 Inklusion sichern. Wir wollen, dass der Inklusionsgedanken als pädagogische
482 Grundhaltung, statt als Sonderaufgabe einzelner Standorte und Lehrkräfte, verankert
483 wird. Eine zentrale Herausforderung für inklusive Bildung ist der Mangel an
484 Sonderpädagog:innen.
- 485 Die SPD Baden-Württemberg will
- 486 • Anreize für Kita-Träger schaffen, Personal für Begleitung und Betreuung von
487 Kindern mit Behinderung fortzubilden. Fortbildungsangebote für Lehrkräfte aller

488 Schulformen bauen wir aus.

- 489 • vorschulische Kinderbetreuung so unterstützen, dass Schulkindergärten als
490 Spezialform der Betreuung mittelfristig auslaufen können. Mittelfristig müssen
491 alle Schularten einen inklusiven Bildungsansatz adaptieren und diesen mithilfe
492 von individuellen Inklusionsentwicklungsplänen umsetzen.
- 493 • angesichts vielschichtiger Herausforderungen an den Schulen und
494 unterschiedlicher Unterstützungsbedarfe mehr Lehrkräfte einstellen und den
495 Aufbau multiprofessioneller Teams fördern. Den multiprofessionellen Ansatz
496 wollen wir zunächst in Form eines Modellversuchs an allgemeinen Schulen
497 erproben.
- 498 • eine landesweit einheitliche Koordination zur Feststellung des
499 sonderpädagogischen Förderbedarfs, Fristen für die Schulwegekonferenzen und
500 Beratung der Eltern.
- 501 • dass der Qualitätsrahmen Inklusion auch die SBBZ umfasst. Wir fordern eine
502 deutliche Entlastung der Schulleitungen an SBBZ.
- 503 • die Ausbildungskapazitäten für Sonderpädagog:innen deutlich erhöhen.
- 504 • die Wahlfreiheit der Eltern wohnortnah sicherstellen. In dem Maße, wie sich das
505 Konzept des individualisierten Unterrichts an den Regelschulen umsetzen lässt,
506 sollte auf die so genannte Förderschule verzichtet werden.
- 507 • inklusiven Sport fördern, beispielsweise durch die Errichtung von barrierefreien
508 Sportstätten, Vereinsförderung und die Finanzierung von Sportgeräten für
509 Menschen mit Behinderung.
- 510 • eine klare Definition des Aufgabenprofils von Schulbegleitungen und entsprechend
511 standardisierte Qualifizierungsanforderungen.

512 *Inklusion am Arbeitsplatz*

513 Unser inklusionspolitisches Ziel ist es, so viele Menschen mit Behinderung wie
514 möglich in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Dafür wollen wir Unternehmen, die
515 inklusive Arbeitsplätze schaffen wollen, gezielt unterstützen und beraten. Inklusion
516 kann Teil der Lösung für den grassierenden Fachkräftemangel in vielen Branchen sein.
517 Wir begrüßen das politische Ziel der Bundesregierung, eine vierte Stufe bei der
518 Ausgleichsabgabe einzuführen, die Betriebe entrichten müssen, wenn sie ihrer Pflicht
519 zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung nicht nachkommen.

520 Die SPD Baden-Württemberg will

- 521 • eine Ausbildungsplatzgarantie einführen, die auch Jugendliche mit Behinderung
522 erfasst.
- 523 • dass die Landesverwaltung mehr Menschen mit Behinderung einstellt. Dafür sehen
524 wir Informationskampagnen und eine Änderung der Verwaltungsvorschrift des
525 Kultusministeriums über die Einstellung von Lehramtsbewerber:innen vor. Zudem
526 wollen wir, dass das Land künftig Strafzahlungen für das Verfehlen von
527 Beschäftigungsquoten an Träger der Inklusionsarbeit zahlt, anstatt an sich
528 selbst.

529 • flächendeckend Vernetzung und Beratung der Frauenbeauftragten in Werkstätten für
530 Menschen mit Behinderung. Für Schutzkonzepte in Werkstätten wollen wir
531 landesweite Qualitätsstandards einführen.

532 • durch einen Aktionsplan in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, Arbeitsagenturen und
533 weiteren Stakeholdern endlich eine Trendwende schaffen, damit Werkstätten für
534 Menschen mit Behinderung wieder stärker als Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt
535 fungieren.

536 *Wohnen, Barrierefreiheit*

537 Die SPD Baden-Württemberg will

538 • dass Menschen mit Behinderung dort leben, wo sie leben wollen.

539 • einen Landesaktionsplan für flächendeckenden ganzheitlich barrierefreiem ÖPNV.
540 Um Barrierefreiheit im ÖPNV schnell umzusetzen, sind im ersten Schritt einfache
541 Lösungen wie Rampen und Taxigutscheine ein guter Weg.

542 • verstärkt ambulante, inklusive Wohnprojekte fördern. Grundsätzlich müssen
543 Förderbedingungen auf die Realität der Wohnungswirtschaft angepasst werden. Nach
544 rheinland-pfälzischem Vorbild wollen wir, dass öffentliche Räume und Neubauten
545 barrierefrei werden. Öffentlich geförderte Bauvorhaben müssen barrierefrei
546 gebaut werden.

547 • digitale Barrierefreiheit vorantreiben. Wir wollen den Aufgabenbereich des/der
548 Landesbehindertenbeauftragten um eine jährliche Evaluation der Bemühungen der
549 Landesregierung in diesen Bereichen erweitern.

550 **5. Integration als Gestaltungsaufgabe der ganzen Gesellschaft**

551 Für uns bedeutet Integration, die geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse
552 anzuerkennen und die gesamte Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Dabei nehmen wir
553 auch Antirassismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ernst.

554 Auf Grundlage gemeinsamer Werte streben wir ein gutes Zusammenleben aller Menschen in
555 Baden-Württemberg an. Im Kern geht es um gleiche Chancen und gleichwertige
556 Lebensbedingungen für alle – unabhängig von der Herkunft. Der Rechtsstaat muss so
557 handlungsfähig ausgestattet sein, dass er die gemeinsamen Spielregeln durchsetzen
558 kann. Die beste Integrationspolitik ist daher, Politik für alle Menschen zu machen,
559 Recht für alle Menschen durchzusetzen und das gute Zusammenleben mit allen Menschen
560 einzuüben. Deshalb wollen wir gemeinsam als treibende Kraft der Gesellschaft auch
561 allen Tendenzen kraftvoll entgegenzutreten, die die unveräußerlichen Menschenrechte in
562 Frage stellen, auch innerhalb migrantischer Communities. Wir wollen Migration nicht
563 in Phasen denken, sondern als Normalität. Integration ist eine Gestaltungsaufgabe auf
564 Dauer. Wir müssen von Projektförderungen wegkommen und mehr dauerhafte Finanzierung
565 von Integrationsprogrammen sicherstellen. Wo Migrant:innenselbstorganisationen im
566 Bereich der Sozial- und Wohlfahrtspflege tätig werden, brauchen sie eine
567 institutionelle Grundfinanzierung und Förderung.

568 *Geflüchtete willkommen heißen*

569 Die SPD Baden-Württemberg will

- 570 • die entsprechende Infrastruktur bereitstellen, damit Integrations- und
571 Beteiligungsangebote wahrgenommen werden können. Hierbei müssen insbesondere
572 Frauen speziell angesprochen und gefördert werden.
- 573 • dass sich Flüchtlingssozialarbeit in Baden-Württemberg zukünftig an den Bedarfen
574 und Bedürfnissen der Klient:innen statt an den Vorgaben des mehrstufigen Systems
575 orientiert. Wir fordern gültige Standards für Beratung, Betreuung, Unterbringung
576 und Gewaltschutz im ganzen Land. Perspektivisch wollen wir aber noch weitergehen
577 und ein einstufiges Integrationsverfahren mit integrierter Sozialberatung
578 einführen, in dem alle Leistungen aus einer Hand kommen. Sozialverbände können
579 so eine Betreuung ohne Lücken, die über verschiedene Ebenen und Abläufe
580 verstetigt und verzahnt ist, sicherstellen.
- 581 • dass mehr Geflüchtete Zugang zu Integrations- und Sprachkursen bekommen, und
582 dass flächendeckend berufsspezifische Sprachkurse entwickelt werden.
- 583 • dass Menschen, die einen Antrag auf Asyl oder internationalen Schutz stellen, in
584 Ankunftscentren alle notwendige Unterstützung möglichst unter einem Dach
585 vorfinden. Ankunftscentren sind Unterbringungsmöglichkeiten, die den Ankommenden
586 auch ein Mindestmaß an Privatsphäre sowie Gesundheitschecks bieten. In den
587 Ankunftscentren sollen in der Regel nicht mehr als 500 Personen untergebracht
588 sein. Diese Zentren müssen die Rechte von besonders schutzbedürftigen Personen
589 (z.B. Frauen, Kindern, Jugendlichen oder queeren Menschen) berücksichtigen und
590 brauchen die dafür nötige Infrastruktur.
- 591 • dass Geflüchtete in der Regel nur drei Monate und generell nicht länger als
592 maximal sechs Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben sollen. Das gilt auch
593 für Menschen, die direkt aus der Erstaufnahme rückgeführt werden sollen. Wer
594 nicht zeitnah rückgeführt werden kann, sollte daher ebenfalls in die Stadt- und
595 Landkreise verlegt werden und dadurch eine bessere Wohnsituation sowie die
596 Möglichkeit zu qualifizierten Sprachkursen und Ausbildung bzw. einer
597 Erwerbstätigkeit erhalten.
- 598 • verbindliche Standards für alle Formen von Unterkünften für Geflüchtete. Die von
599 der Liga der freien Wohlfahrtspflege erarbeiteten Rahmenbedingungen und
600 Qualitätsstandards halten wir für die richtigen Zielvorgaben.
- 601 • Spielräume beim Bleiberecht nutzen: Wer sich vor Ort um Integration bemüht, muss
602 eine bessere Chance auf einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel bekommen. Wenn über
603 die berufliche Integration hinausgehende Integrationsleistungen wie
604 Spracherwerb, Bildungserfolge, Qualifizierung und Weiterbildung sowie
605 ehrenamtliches Engagement an den Tag gelegt werden, sollten diese Bemühungen
606 anerkannt werden und zu kürzeren Voraufenthaltszeiten und einem Aufenthaltstitel
607 nach § 25a/25B Aufenthaltsgesetz führen. Der Zustimmungsvorbehalt zur Erteilung
608 eines Aufenthaltstitels durch das Regierungspräsidium soll entfallen, weil die
609 zuständigen Ausländerbehörden den konkreten Einzelfall meist besser kennen.
- 610 • die Verwaltungsvorschriften für den Familiennachzug von anerkannten Flüchtlingen
611 und Menschen mit subsidiärem Schutz vereinfachen und beschleunigen. Die
612 Ausländerbehörden des Landes sollten Geflüchtete dabei unterstützen, ihre

613 Familienangehörigen nachzuholen. Dafür sollte das Vorliegen der gesetzlichen
614 Voraussetzungen wohlwollend vorgeprüft und Vorabzustimmungen erteilt werden, um
615 Visumserteilungen zu beschleunigen. Anforderungen dürfen nicht unerfüllbar sein
616 und Integrationsbemühungen müssen konsequent belohnt werden.

- 617 • ein Landeserstaufnahmeprogramm ermöglichen, sobald gesetzliche Regelungen (§ 23
618 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz) die notwendige Rechtssicherheit bieten.
- 619 • dass die „freiwillige“ Rückkehr in Würde stets Vorrang vor einer Abschiebung
620 hat. Dafür braucht es eine adäquate Rückkehrberatung in allen Stadt- und
621 Landkreisen. Wir wollen transparente Standards für die Rückkehr- und
622 Abschiebungspraxis etablieren. Es darf nicht zu Rückführungen kommen, während
623 noch behördliche Prüfungen laufen. Abschiebehaft darf nie etwas anderes als
624 Ultima Ratio sein.
- 625 • dass Menschen, die eine lebensunterhaltsichernde Erwerbstätigkeit ausüben und
626 deren Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die freiheitliche
627 demokratische Grundordnung oder sonstige erhebliche Interessen der
628 Bundesrepublik Deutschland nicht gefährdet sowie insbesondere kein
629 schwerwiegendes oder besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse im Sinne von
630 § 54 AufenthG erfüllen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus nicht abgeschoben
631 werden.

632 *Fachkräftezuwanderung vereinfachen*

633 Angesichts unserer alternden Gesellschaft und des Fachkräftemangels sind Deutschland
634 und Baden-Württemberg auf Zuwanderung angewiesen. Dabei dürfen wir Max Frischs
635 vielzitierten Satz „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen“ nicht aus den
636 Augen verlieren. Alle Menschen, ob sie nun zuwandern oder bereits in Baden-
637 Württemberg leben, verdienen gleichberechtigte Teilhabe.

638 Die SPD Baden-Württemberg will

- 639 • Abschlüsse unbürokratisch anerkennen: Wir ändern das Landesanererkennungsgesetz
640 und wollen Schluss machen mit der Willkür bei Anerkennungen basierend auf der
641 Herkunft. Gebühren für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in Baden-
642 Württemberg sind zu hoch. Die anerkennenden Stellen müssen ausreichend
643 ausgestattet werden, um die gesetzlich vorgesehene Bearbeitungsfrist von drei
644 Monaten einzuhalten. Außerdem braucht es eine landesweit zuständige
645 Anerkennungsbehörde, die für alle Anerkennungsfragen zuständig ist.
- 646 • die vorhandenen Strukturen der Welcome Center stärken und ausreichend
647 finanzielle Ressourcen bereitstellen.

648 *Sprache, Bildung, kulturelle Vielfalt, Integrationsmanagement*

649 Sprache ist ein zentraler Schlüssel für Integration, und Muttersprache ist
650 kulturelles Menschenrecht. Gelebte Mehrsprachigkeit ist Realität in Baden-
651 Württemberg. Das Integrationsmanagement in Baden-Württemberg hat sich bewährt, muss
652 aber den steigenden Anforderungen an Sozialarbeit gerecht werden.

653 Die SPD Baden-Württemberg will

- 654 • herkunftssprachlichen Unterricht in baden-württembergischen Schulen ermöglichen
655 und Angebote der Sprachförderung bereits in der Kita ausbauen“. Dabei werden wir
656 das Konsulatsmodell überwinden.
- 657 • ein einheitliches Fallmanagement, um die Schüler:innen ohne deutsche
658 Sprachkenntnisse oder mit nur geringen deutschen Sprachkenntnissen an der
659 passenden Schule anzudocken.
- 660 • Angebote für Geflüchtete oder Jugendliche, die ohne Deutschkenntnisse zu uns
661 kommen, die eine Behinderung, psychische Erkrankung oder kognitive
662 Schwierigkeiten haben.
- 663 • die Finanzierung des Integrationsmanagements verstetigen und weiterentwickeln.
664 Es muss als Form der Sozialen Arbeit anerkannt werden, damit seine
665 sozialanwaltschaftlichen Tätigkeiten den entsprechenden Schutz erfahren.
666 Kommunal angestellte Integrationsmanager:innen müssen davor geschützt werden, in
667 Interessenkonflikte zwischen Verwaltung und Klient:innen verwickelt zu werden.
668 Wir wollen das Integrationsmanagement in Zukunft auch für Menschen mit einem
669 Duldungsstatus öffnen und regelmäßige und dezentral angebotene Gelegenheiten zur
670 Weiterbildung für Integrationsmanager:innen ermöglichen. Dies soll einerseits
671 der fachlichen Weiterbildung, beispielsweise im Asyl- und Aufenthaltsrecht,
672 andererseits aber auch der Supervision und dem Austausch dienen.
- 673 • den Betreuungsschlüssel beim Integrationsmanagement von momentan 1:110 auf 1:80
674 senken.
- 675 • mehr Angebote der islamischen Seelsorge in Gefängnissen. Dabei leistet Seelsorge
676 in Gefängnissen einen wichtigen Beitrag zur Resozialisierung und kann
677 Radikalisierung verhindern. Nach rheinland-pfälzischem Vorbild wollen wir
678 islamische Seelsorger:innen als Landesbedienstete mit akademisch-theologischer
679 Ausbildung einführen.
- 680 • dass die Eintragung von Unionsbürger:innen ins Wählerverzeichnis automatisch mit
681 der Anmeldung des Wohnsitzes erfolgt. Wir fordern zudem gleiche Pflichten und
682 Rechte für alle rechtmäßig in den Kommunen lebenden Menschen und damit
683 kommunales Wahlrecht für Menschen ohne EU-Staatsangehörigkeit.
- 684 • für zugewanderte Menschen, die schon lange hier leben, schnellere und leichtere
685 Einbürgerungsverfahren ermöglichen.

686 **6. Gleichstellung und Diversität**

687 Baden-Württemberg ist bunt und vielfältig. Diese Vielfalt ist eine Bereicherung für
688 unsere Gesellschaft. Unser Ziel ist eine diskriminierungs- und angstfreie
689 Gesellschaft, in der alle Menschen so sein und leben können, wie sie sind. Niemand
690 darf aus rassistischen, sexistischen, queerfeindlichen, ableistischen oder
691 klassistischen Motiven Nachteile erfahren. Sozialdemokratische Politik ist eine
692 Politik der Chancengleichheit! Aber nach wie vor bestehen Hürden und Barrieren,
693 die Menschen strukturell benachteiligen und von gleichberechtigter Teilhabe
694 ausschließen. Diese Barrieren wollen wir abbauen. Eine diskriminierungsfreie
695 Gesellschaft des gegenseitigen Respekts und der Chancengleichheit ist nicht nur für

696 die persönliche Entwicklung jedes Menschen zentral, sondern auch eine wichtige
697 Voraussetzung für eine gute, erfolgreiche und krisenfeste Zukunft für Baden-
698 Württemberg.

699 *Echte Gleichstellung zwischen den Geschlechtern*

700 Die SPD Baden-Württemberg will

- 701 • partnerschaftliche Verantwortung für die Care-Arbeit stärken.
- 702 • neue Modelle in der Organisation von Lohnarbeitszeit.
- 703 • Mechanismen, die eine wirklich partnerschaftliche Aufteilung von Arbeits-,
704 Pflege-, Erziehungs- und Freizeit zwischen Partner:innen ermöglicht.
- 705 • die Etablierung von Langzeitkonten, die eine flexiblere Gestaltung von
706 Arbeitszeit über das Erwerbsleben hinweg ermöglichen.
- 707 • Entwicklung von Modellen, die Arbeitnehmer:innen mehr Zeitsouveränität einräumen
708 und temporäre Arbeitszeitreduzierungen finanziell besser und verlässlicher
709 absichern.
- 710 • eine Reduzierung der Vollarbeitszeit sowie eine Erhöhung des Frauenanteils,
711 insbesondere in Führungspositionen.
- 712 • die Weiterentwicklung des Chancengleichheitsgesetzes.
- 713 • ein Gleichstellungsinstitut in Baden-Württemberg einrichten, das
714 Landesministerien fachlich berät, die Verwaltung bei der Integration
715 gleichstellungspolitischer Aspekte in ihren Kernaufgaben unterstützt,
716 Regierungsarbeit kritisch begleitet und durch öffentliche Stellungnahmen auf
717 gleichstellungspolitische Missstände hinweist.
- 718 • das Instrument des Gender-Budgeting fördern und auf weitere Diversitätsbereiche
719 ausweiten.

720 *Unterstützungsstrukturen in der Fläche verbessern*

721 Die SPD Baden-Württemberg will

- 722 • den Gewaltschutz und die Antidiskriminierungsstellen im Land besser ausstatten
723 und sicher finanzieren. Dazu gehört der Ausbau des Platzangebots in
724 Frauenschutzhäusern.
- 725 • dass Anlaufstellen wie Frauenhäuser, Mädchenzentren und Gesundheitsberatungen
726 auch in der Fläche gut ausgebaut sind, damit der Zugang zu Unterstützung bei
727 Bedarf schnell, niederschwellig und unkompliziert möglich ist. Auch die Bedarfe
728 besonders vulnerabler Gruppen, wie geflüchteter Frauen, Frauen mit Behinderungen
729 , Betroffene von sexualisierter Gewalt oder queerer Menschen wollen wir bewusst
730 berücksichtigen.
- 731 • Queere Orte in Form von Beratungsstellen und kulturellen sowie sozialen
732 Anlaufpunkten landesweit stärken, aufbauen, vernetzen und koordinieren. Das
733 betrifft insbesondere den ländlichen Raum. Wir begreifen die Bereitstellung
734 queerer Infrastruktur als Landesaufgabe.
- 735 • bestehende Strukturen, die als überregionale Anlaufstellen fungieren, durch

736 verstetigte Landesmittel fördern.

- 737 • konkret die Vielfalt queeren Lebens in Baden-Württemberg auch außerhalb der
738 Städte fördern. Anlaufstellen für queere Jugendliche müssen überall im Land gut
739 mit dem ÖPNV erreichbar sein.

740

741 *Strategiedialog Gleichstellung und Diversität in der Arbeitswelt*

742 Die SPD Baden-Württemberg will

- 743 • Einrichtung eines Strategiedialogs Gleichstellung und Diversität. Dieser soll
744 sich mit den unterschiedlichen Formen von Diskriminierung in Arbeitskontexten
745 beschäftigen, beispielsweise dem Gender-Pay-Gap, den schlechteren beruflichen
746 Aufstiegschancen von Frauen, Diskriminierung von queeren Menschen oder
747 Benachteiligung von Menschen of Colour sowie Menschen, die keinen deutschen
748 Namen tragen. Im Strategiedialog Gleichstellung und Diversität sollen
749 Arbeitnehmer:innen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, IHKS und weitere
750 Akteure vertreten sein und gemeinsam Positionen, Ziele und Instrumente zu
751 Gleichstellung und Diversität erarbeiten.
- 752 • dass anonymisierte Bewerbungsverfahren im Öffentlichen Dienst verpflichtend
753 werden.
- 754 • den Anteil von Menschen, deren Eltern keine Akademiker:innen sind, sowie den von
755 Menschen of Colour in Führungspositionen erhöhen. Dazu sollen spezielle
756 Empowerment- und Förderprogramme aufgelegt werden. Auch die Einführung von
757 Quoten soll eine denkbare Möglichkeit sein.

758 *Repräsentation und Sichtbarkeit fördern*

759 Die SPD Baden-Württemberg will

- 760 • die Sichtbarkeit unterschiedlicher Menschen, Identitäten und Zugehörigkeiten
761 erhöhen und fördern.
- 762 • eine vielfältigere Zusammensetzung des SWR-Rundfunkrates anstreben, sodass
763 zukünftig insbesondere auch queere Organisationen dort vertreten sind.
- 764 • dass Diversität und Vielfalt bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln immer
765 mitgedacht werden. Die Vergabepaxis in öffentlichen Ausschreibungen soll an die
766 Berücksichtigung von Menschenrechten und diskriminierungsfreiem Handeln gebunden
767 werden. Auch die Lieferketten sollen dabei mitbedacht werden.
- 768 • dass Schul- und Lehrmaterialien die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden und
769 über diese aufklären. nicht nur das gesellschaftliche Bewusstsein für
770 Intersektionalität als Vielfaltsphänomen stärken, sondern auch neue
771 sozialpolitische Rahmenbedingungen schaffen, die proaktiv gestalten.
- 772 • dass in einer Ehe zweier Frauen, in die ein Kind geboren wird, beide
773 Partnerinnen automatisch den rechtlichen Status der Mutter bekommen (Co-
774 Mutterschaft). Daher unterstützen wir die entsprechenden Pläne der Ampel-
775 Koalition.
- 776 • den 2013-2015 im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, damals unter Führung

777 der SPD, entwickelten Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte zu
778 stabilisieren und zügig umzusetzen.

779 • eine rasche Umsetzung des neuen Selbstbestimmungsgesetzes, das auch von
780 landesweiten Informationskampagnen getragen und begleitet werden muss.

781 *Antirassistische Politik*

782 Menschen, die als „nicht Deutsch“ gelesen werden, sehen sich häufig Ressentiments und
783 Nachteilen ausgesetzt. Dies gilt selbst für Menschen, die in Deutschland geboren
784 wurden oder seit Jahrzehnten in Deutschland leben. Wir wollen die Vorstellung,
785 Menschen ließen sich in rassifizierte Gruppen unterteilen, endgültig überwinden und
786 stellen uns dieser entschieden entgegen.

787 Die SPD Baden-Württemberg will

788 • Unrecht, das durch staatliche Stellen in der Vergangenheit beispielsweise
789 „Gastarbeiter:innen“ angetan wurde, aufarbeiten. Dazu soll eine Kommission
790 eingerichtet werden, die die Geschichte rassistischer Diskriminierung in Baden-
791 Württemberg historisch aufarbeitet.

792 *Landesgewaltschutzkonzept*

793 Wir setzen uns für eine gewaltfreie Gesellschaft ein, besonders dann, wenn Gewalt aus
794 einer strukturellen Machtposition heraus oder aus menschenverachtenden Motiven
795 begangen wird. Wir wollen wirksame präventive und repressive Vorkehrungen treffen, um
796 dieser Gewalt zu begegnen.

797 Die SPD Baden-Württemberg will

- 798 • ein Landesgewaltschutzkonzept, das Gewalt umfassend in den Blick nimmt. Im
799 Zentrum steht dabei die Verhinderung misogyner, rassistischer, antisemitischer,
800 antimuslimischer, queerfeindlicher und ableistischer Gewalt
- 801 • bestehende Strukturen, insbesondere Frauenschutzhäuser, ausbauen und absichern
802 und in Bereichen, in denen bisher keine Strukturen bestehen, neue schaffen.
- 803 • flächendeckend unabhängige Beschwerde- und Evaluationsstellen für hoheitliches
804 Handeln einrichten.
- 805 • dass Menschen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, verpflichtend
806 Schulungen und Fortbildungen zu gewaltfreiem und antidiskriminierendem Handeln
807 absolvieren.

808 *Landesantidiskriminierungsgesetz*

809 Die SPD Baden-Württemberg will

- 810 • ein wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen, das effektive
811 Mechanismen beinhaltet, durch die diskriminierendem Verhalten konsequent
812 begegnet werden kann. Das Landesantidiskriminierungsgesetz soll es ermöglichen,
813 hoheitliches Handeln umfassend auf diskriminierendes Handeln zu überprüfen.
814 Menschen, die durch Behörden Diskriminierung erfahren haben, sollen einen
815 Anspruch auf Schmerzensgeld bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch das
816 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz überarbeitet wird, damit ein lückenloser
817 Schutz durch das Zusammenspiel von Bundes- und Landesgesetz gewährleistet wird.

Antrag AS 05: Schwerbehindertenausweis umbenennen

Antragsteller*in:	KV Ulm
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

1 **Schwerbehindertenausweis umbenennen**

- 2 Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Teilhabe und sie haben das Recht,
3 Nachteilsausgleiche in Anspruch zu nehmen. Dafür wird der Grad der Einschränkung
4 festgestellt und in einem Ausweis bescheinigt, der derzeit als
5 Schwerbehindertenausweis bezeichnet wird.
- 6 Diese Bezeichnung steht jedoch bereits seit längerer Zeit in der Kritik.
7 Für Betroffene und insbesondere für jüngere Besitzer ist der Ausweis dadurch eben
8 gerade kein Teilhabeinstrument. Sie sehen in diesem Begriff eine Fokussierung auf
9 ihre Behinderung und fühlen sich vielfach stigmatisiert.
- 10 Aus Scham werden teilweise Erleichterungen im Alltag nicht angenommen, weil sich die
11 Betroffenen durch die Bezeichnung auf ihre Schwächen reduziert sehen.
- 12 Eine Umbenennung des Schwerbehindertenausweises sollte deshalb vorgenommen werden.
13 Diese Umbenennung sollte in Abstimmung mit den Betroffenen erfolgen und ihren
14 Wünschen und Forderungen Rechnung tragen.
- 15 In Niedersachsen können Menschen mit Beeinträchtigung beispielsweise zur Verdeckung
16 des Schwerbehindertenausweises eine Ausweishülle einfordern und zwischen den
17 Aufdrucken: „Schwer-in-Ordnung-Ausweis“ und „Teilhabeausweis“ wählen. Dies sollte in
18 Baden-Württemberg ebenfalls ermöglicht werden. Die tatsächliche Umbenennung
19 beispielsweise in „Teilhabeausweis“ würde jedoch deutlicher ausdrücken, was er
20 tatsächlich auch bewirken soll: Menschen mit Beeinträchtigungen sollen die
21 Möglichkeit erhalten, in jeglicher Hinsicht am Leben teilzuhaben. Die Möglichkeit
22 eine Ausweishülle anzubieten, wäre ein wichtiger erster Schritt weg von
23 Stigmatisierungen, beleidigender Sprache und hin zu einer sensibleren und würdigeren
24 Auseinandersetzung. Die Umbenennung beispielsweise in „Teilhabeausweis“ sollte jedoch
25 das Ziel sein und die Bereitstellung einer Ausweishülle nur als vorübergehender
26 Schritt verstanden werden.
- 27 Die Begrifflichkeiten des Schwerbehindertenrechts sollten zudem im Sinne der UN-
28 Behindertenrechtskonvention modernisiert und, soweit möglich, deutlich
29 teilhabeorientierter ausgerichtet werden.

Antrag AUS 01: Stabilität und Frieden durch Entwicklungszusammenarbeit

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

1 Stabilität und Frieden durch Entwicklungszusammenarbeit

2 Der Fokus einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an den
3 nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDGs) und soll sich auf
4 folgende Punkte konzentrieren:

- 5 1. Unterstützung der Partnerländer beim Aufbau einer nachhaltigen
6 Bildungsinfrastruktur: Kostenloser, gleichberechtigter Zugang für Mädchen und
7 Jungen; frühkindliche Bildung; umfassendes Alphabetisierungsangebot auch für
8 ältere Bevölkerungsgruppen; Aufbau von Möglichkeiten zu umfassender Bildung bis
9 zum akademischen Grad.
- 10 2. Die Selbstbestimmung von Frauen über Ihren Körper stärken: Die Stiftung
11 Weltbevölkerung muss weiterhin in ihrer wertvollen Aufklärungsarbeit über
12 ungewollte Schwangerschaften und Verhütung direkt vor Ort, gerade bei ihrem
13 lokalen Einsatz in ländlichen Regionen, und ihrem Einsatz für eine
14 jugendfreundliche Aufklärung unterstützt werden. Frauen und Mädchen sollen über
15 ihre Rechte aufgeklärt und zu einem eigenverantwortlichen Handeln ermutigt
16 werden.
- 17 3. Förderung des Gesundheitssektors und Aufklärung: Durch die gezielte Förderung
18 der Gesundheitsinfrastruktur und breit angelegte Aufklärungskampagnen sollen die
19 Sterblichkeit von Frauen und Kindern drastisch reduziert werden und die
20 Übertragung von hochinfektiösen Krankheiten (etwa Aids, Tuberkulose) erheblich
21 eingedämmt werden. Ebenso soll der flächendeckende Zugang zu grundlegenden
22 Gesundheitsdiensten vor allem für einkommensschwache Schichten effektiv
23 verbessert werden.
- 24 4. Bekämpfung der Korruption: Der Kampf gegen Korruption muss weltweit verstärkt
25 werden. Dafür ist unerlässlich, eine stabile Rechtsstaatlichkeit auf allen
26 Ebenen auszubauen und Partnerländer dabei zu unterstützen. Die Justiz muss
27 unabhängig arbeiten können und Bürgerinnen und Bürger brauchen einen effizienten
28 Zugang zur Justiz.
- 29 5. Stärkung einer nachhaltigen und ökologischen Wirtschaft in Partnerländern:
30 Wertschöpfung und Infrastruktur müssen nachhaltig aufgebaut werden, damit sich die
31 Partnerländer langfristig selbst versorgen können. Die Implementierung
32 klimafreundlicher Strukturen in den Partnerländern ist hierfür notwendig. Dabei soll

- 33 besonders der Fokus auf kleinere und mittelständische Unternehmen gelegt werden, um
34 einen möglichst breiten Teil der Zivilbevölkerung in den Arbeitsmarkt mit
35 einzubinden. Eine Öffnung der Märkte der westlichen Industrienationen (EU) trägt zu
36 einer Verbesserung der Handelschancen der Partnerländer bei.

Antrag AUS 02: Zeitenwende: Eine Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

1 **Zeitenwende: Eine Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik**

2 Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende. Deutschlands Außen- und
3 Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte ist in Teilen gescheitert und muss neu
4 ausgerichtet werden. Es ist deshalb richtig, dass in Deutschland öffentlich endlich
5 mehr über internationale Fragestellungen und unsere Parlamentsarmee diskutiert wird.
6 Die Sozialdemokratie muss sich dieser Debatte ebenfalls stellen. Und wir müssen
7 anerkennen: Auch wir haben in den letzten Jahrzehnten Fehler gemacht.

8 Die hier formulierten Handlungsmaßnahmen und Leitlinien sollen ein Beitrag zur
9 größeren innerparteilichen wie gesellschaftlichen Debatte sein. Wir sind überzeugt,
10 dass diese Neuausrichtung unserer Außen- und Sicherheitspolitik jetzt notwendig ist.
11 Wir haben dabei die realpolitischen Gegebenheiten genauso fest im Blick wie unsere
12 unverrückbaren Werte. Anhand dessen glauben wir, die wachsenden globalen
13 Herausforderungen besser bewältigen zu können. Und davon gibt es genug: der Angriffs-
14 und Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine, die geopolitische Neuordnung
15 zwischen China, den weiteren BRICS-Staaten, den USA und Europa, die Klimakrise als
16 größte Menschheitsherausforderung unserer Zeit, gravierende globale Ungleichheit,
17 immer größere Hungerkatastrophen und weitere Kämpfe um Rohstoffe.

18 Die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss sich an diesen
19 realpolitischen Gegebenheiten ausrichten.

20 **Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!**

21 Antifaschismus und Friedenspolitik sind Kernbegriffe sozialdemokratischer Innen- und
22 Außenpolitik. Unser Grundgesetz ist in diesen Linien als Gegenentwurf zum
23 Nationalsozialismus geschrieben worden. Dem folgt auch unser Verständnis moderner
24 deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg"
25 ist unsere außenpolitische DNA. Und das genau in dieser Reihenfolge.

26 Ohne den bewaffneten Einsatz der Alliierten wäre die doppelte Befreiung von Krieg und
27 Nationalsozialismus 1945 nicht möglich gewesen. In diesem Bewusstsein kann
28 sozialdemokratische Politik nicht uneingeschränkt pazifistisch sein. Der
29 sozialdemokratische Kampf war immer emanzipatorisch und anti-imperialistisch. Deshalb
30 ist Gewalt im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen für uns ein legitimes Mittel
31 der Politik, nämlich dann, wenn Freiheit und Demokratie durch Faschismus und
32 Imperialismus bedroht werden. Daran erinnert uns erneut der Freiheitskampf der
33 Ukraine gegen den russischen Aggressor. Frieden nur zu wollen, vermeidet und beendet

34 keinen Krieg.

35 Davon unbenommen ist unser unbedingter Wille, es nie zum Gewalteinsetz kommen zu
36 lassen, den Frieden zu bewahren und wiederherzustellen. In sozialdemokratischer
37 Tradition gilt das Primat von Diplomatie und ziviler Konfliktbewältigung für uns auch
38 heute uneingeschränkt. „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute
39 schießen“ bleibt unsere Leitlinie. Friedenspolitik ist mit dem 24. Februar nicht
40 weniger relevant geworden. Im Gegenteil.

41 **Konfliktprävention und nachhaltige Friedenssicherung**

42 Krisenprävention, Konfliktbewältigung und nachhaltige Friedensförderung sowie
43 Versöhnungsarbeit gelingen nur mit zivilen und gewaltfreien Instrumenten. Ihrem
44 nationalen und internationalen Ausbau muss hohe Priorität und mehr politische
45 Rückendeckung gewidmet werden. Besonderes Augenmerk gilt hierbei den
46 Friedensorganisationen, die als komplementäre Partner der staatlichen Außenpolitik zu
47 sehen sind.

48 Friedensorganisationen, die sich häufig über Spenden und Mitgliedsbeiträge
49 finanzieren müssen, benötigen eine substantielle institutionelle Förderung. Dafür
50 sind neue Prioritäten im Bundeshaushalt erforderlich. Auch eine Programmfinanzierung,
51 das heißt Förderung langfristiger Programme und Projekte, sowie eine institutionelle
52 Förderung lokaler Partner in den Krisenregionen stärkt die zivile Friedensarbeit.

53 **Wertebasierte und feministische Außenpolitik**

54 Wir arbeiten für eine wertebasierte, feministische Außenpolitik für Deutschland und
55 die Europäische Union. Interessen und Werte stehen für uns bei all dem nicht im
56 Widerspruch. Das globale Eintreten für unsere Werte liegt immer auch in unserem
57 nationalen Interesse. Freiheit und Demokratie wollen wir weltweit genauso verteidigen
58 und stärken wie Frieden, Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und die
59 universellen Menschenrechte. Globale Ungleichheiten und diskriminierende,
60 undemokratische Machtstrukturen wollen wir abbauen. Sicherheit geht für uns über das
61 Verständnis klassischer Landesverteidigung hinaus und in einem umfassenden und
62 kontextspezifischen Begriff der menschlichen Sicherheit auf (human security).

63 Wir wollen die Rechte aller Menschen wahren und fördern. Das schließt sowohl das
64 aktive Verteidigen der Rechte in Form von präventiven Maßnahmen als auch das Schaffen
65 von Gerechtigkeit nach einer Rechtsverletzung ein. Wir wollen für eine gerechte
66 Repräsentation aller Menschen auf allen Ebenen sorgen und dafür die Partizipation von
67 Frauen und anderen marginalisierten Gruppen aktiv fördern. Dafür wollen wir
68 entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen und den Zugang von Frauen und anderen
69 marginalisierten Gruppen zu Ressourcen stärken. Dabei setzen wir auf Diversität und
70 verfolgen einen intersektionalen Ansatz.

71 Als ganzheitliches Fundament unserer Außenpolitik verstehen wir dieses Konzept als
72 universell anwendbar und sehen uns in der Verantwortung danach zu handeln. Deshalb
73 verfolgen wir einen Ansatz, der vergangene Versäumnisse und offensichtlichen
74 Missbrauch in dessen Anwendung aufarbeitet und daraus Handlungsanweisungen für die
75 Zukunft ableitet. In einem ersten Schritt ist es unser Ziel,

76 Menschenrechtsverletzungen und dafür oft verantwortliche Krisensituationen zu
77 verhindern. Dafür wollen wir globale Beobachtungs- und Durchsetzungsmechanismen
78 stärken und ausbauen. Wo Menschenrechtsverletzungen auftreten, leiten menschliche
79 Sicherheit und der Fokus auf die vulnerabelsten Gruppen unser Handeln. Dabei stärken
80 wir den vorhandenen Rechtsrahmen und beziehen die Perspektive der Betroffenen vor Ort
81 ein. Nach dem Ende der Krisensituation gilt es eine zukünftige Eskalation zu
82 verhindern, dafür nötige Strukturen (wieder-)aufzubauen und Gerechtigkeit
83 durchzusetzen. Wenn konsequent verfolgt und umgesetzt, stärken diese Schritte auch
84 die regelbasierte internationale Ordnung.

85 Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen im Rahmen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes
86 vom Deutschen Bundestag mandatiert werden. Wir begrüßen, dass der Koalitionsvertrag
87 der Ampel-Koalition eine regelmäßige Überprüfung laufender Auslandseinsätze
88 sicherstellt.

89 Es ist richtig, dass sich Deutschland nun eine nationale Sicherheitsstrategie gibt,
90 die diesen Ansätzen Rechnung trägt und eine ganzheitliche Leitlinie für alle
91 Akteur:innen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik liefert.

92 **Multilateralismus für das 21. Jahrhundert**

93 In einer globalisierten, komplex-vernetzten Welt sind wir der Überzeugung, dass sich
94 Probleme am besten durch internationale Zusammenarbeit lösen lassen. Bei
95 Problemfeldern wie Abrüstung oder der Bekämpfung der Klimakrise ist Kooperation gar
96 der einzige Weg zum Erfolg. Aber auch darüber hinaus gewinnen alle Staaten, wenn sie
97 sich abstimmen und gemeinsam handeln. Zusammenarbeit funktioniert jedoch nur, wenn
98 sich alle an die gemeinsamen Spielregeln der Kooperation halten. Der Charta der
99 Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts kommt deshalb eine zentrale
100 Rolle für die Durchsetzung unserer Werte und des Multilateralismus zu. In einer Zeit,
101 in der wieder öfter versucht wird das Recht des Stärkeren durchzusetzen, stehen wir
102 für die Stärke des Rechts ein. Wo die liberale internationale Ordnung bedroht wird,
103 ist es die Pflicht der internationalen Staatengemeinschaft, sie zu verteidigen. Wir
104 agieren im Rahmen des Völkerrechts und setzen uns an jeder Stelle für seine
105 Durchsetzung, Stärkung und Weiterentwicklung ein. In der aktuellen geopolitischen
106 Situation stehen wir entschieden für Souveränität, das Gewaltverbot und die Wahrung
107 der universalen Menschenrechte ein.

108 Die Vereinten Nationen (UN) sind Zentrum dieser regelbasierten Ordnung und arbeiten
109 an allen wichtigen internationalen Fragestellungen, von Frieden und Sicherheit über
110 die Bekämpfung der Klimakrise und die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit bis
111 zur Ernährungssicherung. Die UN sind unerlässlich für eine friedlichere und
112 gerechtere Welt. Deutschland ist deshalb zurecht eines der größten Geberländer für
113 diese wichtige Arbeit. Daran gilt es unbedingt festzuhalten und die UN weiter zu
114 stärken. Dazu gehört auch im System der UN für unsere Werte einzustehen und nötige
115 Reformen anzugehen.

116 Wie uns der russische Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine nun wieder
117 brutal vor Augen führt, stößt das System kollektiver Sicherheit der UN aber immer
118 wieder an seine Grenzen. Nämlich dann, wenn Großmächte ihre Sonderstellung im System

119 der Vereinten Nationen missbrauchen. Deshalb sind die transatlantische Partnerschaft
120 und insbesondere die NATO elementarer Teil des Erhalts von Sicherheit für uns, unsere
121 Verbündeten und die Welt. Die Wahrung des Friedens, die Vorbeugung von
122 Zwangsmaßnahmen und die Abschreckung von Aggression sind als Ziele der
123 Verteidigungsallianz heute so wichtig wie lange nicht. Für uns ist klar: Als
124 Wertegemeinschaft des Nordatlantik muss die NATO Staaten offenstehen, die sich
125 souverän für einen Beitritt entscheiden und die Beitrittskriterien erfüllen.

126 Die Zeit, in der sich die Demokratie als Staatsform weltweit immer weiter
127 ausgebreitet hat, ist vorbei. Wir erleben, dass Demokratien weltweit immer weiter
128 zurückgedrängt werden. In diesen Zeiten spielen Foren der Vernetzung demokratischer
129 Staaten eine immer wichtigere Rolle. Initiativen und Zusammenschlüsse wie die G7, die
130 Allianz für Demokratie und die Allianz für den Multilateralismus sind wichtige
131 Instrumente, um Interessen demokratischer Staaten zu bündeln und gemeinsam zu
132 vertreten. Dabei dürfen europäische und nordamerikanische Staaten nicht unter sich
133 bleiben. Damit das gelingt, müssen wir die Anliegen des Globalen Südens stärker zu
134 unseren Anliegen machen, müssen Doppelstandards vermeiden und unsere Zusagen
135 gegenüber diesen Ländern einlösen. Wir wollen die Demokratie weltweit stärken und
136 darin neue Verbündete finden, die wir auch für andere Ziele unserer Außenpolitik
137 gewinnen können.

138 **Für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik**

139 In Europa gibt es nur zwei Typen von Staaten: kleine Staaten und Staaten, die noch
140 nicht verstanden haben, dass sie klein sind.

141 Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss deshalb immer in einer europäischen
142 eingebettet sein. Am stärksten sind wir Europäer:innen, wenn wir gemeinsame
143 Standpunkte entwickeln, gemeinschaftlich handeln und dabei eine gemeinsame Strategie
144 verfolgen. Unser Ziel muss es deshalb sein, die Europäische Union zu einer
145 ernstzunehmenden geopolitischen Akteurin zu machen, als gelebte Antithese zu
146 Imperialismus und Autokratie. Dabei sehen wir eine außen- und sicherheitspolitisch
147 besser aufgestellte Europäische Union als Ergänzung zur NATO, nicht als Konkurrenz an.
148 Um das zu schaffen, kommt Deutschland als größter Volkswirtschaft Europas eine
149 Führungsrolle zu. Dazu gehört, dem Amt des:der Hohen Vertreter:in der Europäischen
150 Union für Außen- und Sicherheitspolitik mehr Bedeutung zukommen zu lassen und den
151 European External Action Service zu einem echten EU- Außenministerium
152 weiterzuentwickeln. Gleichzeitig müssen außen- und sicherheitspolitische
153 Entscheidungen der EU schneller und effektiver zustande kommen als in der
154 Vergangenheit. Dafür wollen wir endlich das Einstimmigkeitsprinzip überwinden.

155 Zugleich wird sich Europas Rolle auf der Weltbühne verändern. Denn der 24. Februar
156 2022 markiert für die EU genauso eine Zeitenwende wie für Deutschland. Will Europa
157 als normative Macht auf der Weltbühne bestehen, wird dem zivilen Engagement und der
158 Vermittlungsrolle eine stärkere militärische Komponente hinzuwachsen müssen. Das wird
159 notwendig sein, um externen Aggressoren wie Russland die Stirn bieten zu können in
160 einer Zeit, in der ungewiss bleibt, wie sehr und wie lange sich Europa auf die
161 Unterstützung der Vereinigten Staaten verlassen kann. Europa muss die Fähigkeit

162 erwerben, sich unabhängig verteidigen zu können. Der damit einhergehenden neuen Rolle
163 muss die EU gerecht werden und sie nutzen, um global aktiv für ihre Werte
164 einzutreten. Dabei bleibt unser langfristiges Ziel das Aufgehen nationalstaatlicher
165 Militärs in eine gemeinsame europäische Parlamentsarmee. Wir begrüßen, dass mit der
166 Deutsch-Französischen Brigade und der engen Integration des niederländischen Heeres
167 in die Bundeswehr bereits intensive und bewährte Kooperationen der Bundeswehr mit
168 anderen Armeen bestehen. Ein weiterer Schritt auf dem Weg dorthin kann die
169 Einrichtung einer vom Europäischen Parlament kontrollierten Eingreiftruppe sein.

170 Die EU kann nach außen allerdings auch nur so stark sein, wie sie es nach innen ist.
171 Wir halten deshalb an unseren Forderungen zu europäischen Sozialreformen fest und
172 fordern entschiedene Konsequenzen gegen Verletzungen von Demokratie und
173 Rechtsstaatlichkeit. Als neue Mitglieder steht unsere Tür dabei allen europäischen
174 Staaten offen, die die Beitrittskriterien erfüllen. Auf gemachte Zusagen müssen sich
175 Beitrittskandidaten verlassen können. Das ist unerlässlich, um Frieden, Stabilität
176 und Zusammenarbeit zu fördern. Es ist eine strategische Frage, genauso wie eine de
177 Glaubwürdigkeit.

178 Ein anderer Blick auf Wandel durch Annäherung

179 Wandel durch Annäherung ist einer der Kernbegriffe sozialdemokratischer Außenpolitik
180 in der Nachkriegszeit. Er ist zur Grundlage deutscher Außenpolitik der letzten
181 Jahrzehnte geworden. Nach dem unbestrittenen Erfolg dieses Konzepts sind jedoch zwei
182 seiner zentralen Voraussetzungen verloren gegangen. Diese Fehlentwicklung ist uns nun
183 klar vor Augen geführt worden und muss behoben werden.

184 Dialogbereitschaft ohne Wehrhaftigkeit ist wirkungslos. Das haben auch Willy Brandt
185 und Helmut Schmidt verstanden. Die neue Ostpolitik war auch deshalb erfolgreich, weil
186 sie getragen war von einer militärischen Position der Stärke. Während die beiden
187 deutschen Staaten große Schritte aufeinander zugingen, wuchs der Wehretat der
188 Bundesrepublik so stark an wie nie. Drei Prozent der Wirtschaftsleistung fielen dem
189 Verteidigungsministerium zu. 2021 waren es noch 1,3 Prozent. Diesen Aspekt hat die
190 deutsche Außenpolitik der letzten Jahre verkannt. Sie hat sich auf die
191 Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten verlassen, Verteidigung auch aus
192 Bequemlichkeit bewusst outgesourct. Den Stimmen unserer osteuropäischen Partnerländer
193 haben wir zu wenig Bedeutung geschenkt, uns gar besserwischerisch über ihre Ängste
194 erhoben und dabei moralisch überlegen gefühlt. So darf es nicht weitergehen.
195 Deutschland muss seiner Verantwortung in Zukunft gerecht werden. Unser Bundeskanzler
196 Olaf Scholz hat den Aufbau eines europäischen Luftverteidigungssystems angeregt.
197 Hierzu haben bereits 15 Staaten eine gemeinsame Absichtserklärung unterschrieben.
198 Dies ist eine starke Führungsleistung unseres Bundeskanzlers und Beispiel gebend
199 dafür, Staaten aus West- und Osteuropa zusammenzuführen.

200 Gleichzeitig hat sich Wandel durch Annäherung immer mehr auf eine rein
201 wirtschaftliche Ebene verschoben. Aus Wandel durch Annäherung wurde Wandel durch
202 Handel. Als pauschales Konzept ist Wandel durch Handel nun gescheitert. Die
203 gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen Deutschland und Russland hat weder
204 den russischen Krieg gegen Georgien im Jahr 2008, noch die völkerrechtswidrige

205 Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014, noch den russischen Angriffs- und
206 Vernichtungskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 verhindert. Auch innenpolitisch hat
207 sich Russland zunehmend anti-demokratisch und anti-freiheitlich entwickelt und ist
208 heute zu einer faschistoiden Autokratie geworden.

209 Aber nicht nur der russische Staat ist offensichtliches Beispiel für diesen
210 Trugschluss. Die unglaubliche ökonomische Abhängigkeit von der Volksrepublik China
211 hat genauso wenig eine Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft oder eine
212 stärkere Durchsetzung der Menschenrechte in China bewirkt. Im Gegenteil: China tritt
213 international immer aggressiver auf und begeht massive Menschenrechtsverletzungen.
214 Diese Erkenntnis muss zu einem umfassenden Umdenken in unserer Wirtschafts- und
215 Handelspolitik führen.

216 Ziel muss es sein, einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Staaten so stark wie
217 möglich abzubauen und in unseren Produktionsketten und insbesondere beim Handel mit
218 seltenen Rohstoffen eine breitest mögliche Diversifizierung zu erreichen. Dafür muss
219 der Staat stärker als bisher steuernd in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen
220 eingreifen und im Rahmen einer Klassifizierung von Handelspartnern dem Ziel der
221 stärkeren Unabhängigkeit von autoritären Staaten Rechnung tragen. Darüber hinaus
222 müssen systemrelevante Produktionslinien definiert werden, die im Kern nicht mehr
223 außerhalb der EU angelegt werden sollen und dafür im Bedarfsfall auch staatliche
224 Bezuschussung erhalten.

225 Darüber hinaus gilt es, das System ökonomischer Abhängigkeiten auch global zu
226 begreifen. China hat im Rahmen seiner Belt and Road Initiative ein Einflussnetz
227 gigantischen Ausmaßes, bis in die EU hinein, gespannt. Die bisherigen Ansätze
228 europäischer und nordamerikanischer Entwicklungszusammenarbeit waren darauf nicht
229 ausreichend ausgerichtet. Das muss sich nun ändern und dem Geld aus Peking eine
230 demokratische Alternative entgegengesetzt werden, die die Autonomie der
231 Empfängerländer stärkt. Das Global Gateway Programm und die G7 Partnership for Global
232 Infrastructure sind dafür entscheidende Schritte.

233 **Abrüstungspolitik und Rüstungsexporte**

234 Die aktuelle sicherheitspolitische Lage bestärkt uns in unserem Grundsatz der
235 Abrüstung. Insbesondere eine atomwaffenfreie Welt bleibt erklärtes Ziel unserer
236 Politik. Dafür arbeiten wir auf eine Sicherheitsarchitektur hin, in der Nuklearwaffen
237 abgeschafft sind. Als Mitgliedsstaat des Atomwaffensperrvertrags, Beobachter des
238 Atomwaffenverbotsvertrags und NATO-Staat der nuklearen Teilhabe kommt Deutschland
239 dabei im Zusammenspiel mit Frankreich, als einziger EU-Atommacht eine besondere Rolle
240 zu. Den Rückgang bei den globalen Kernwaffenbeständen gilt es aufrechtzuerhalten,
241 nicht umzukehren. Bei diesen Anstrengungen leitet uns das Prinzip der Reziprozität.
242 Abrüstung jeglicher Form funktioniert nur in Gegenseitigkeit und unter transparenten
243 Bedingungen. Deshalb ist für uns auch klar, dass die NATO so lange eine nukleare
244 Verteidigungsallianz bleiben muss, wie Atomwaffen existieren. Die Ächtung
245 biologischer und chemischer Kampfstoffe wollen wir weiterhin durchsetzen und
246 existierende Bestände der Vernichtung zuführen. Wir setzen uns für eine Ächtung
247 vollautonomer offensiv Waffensysteme ein.

248 An den Export von Rüstung und Waffen setzen wir hohe ethische Anforderungen. Die
249 Einhaltung dieser moralischen Standpunkte sehen wir in der aktuellen
250 Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht repräsentiert und fordern
251 deswegen weiter eine Überarbeitung von Abläufen, Gesetzen und Entscheidungsfindungen
252 im Rahmen unserer Beschlusslage. Hierfür sollen auch die Haupt-Jugend- und
253 Auszubildendenvertretungen der Bundeswehr die notwendigen Fachkompetenzen
254 einbringen. bestehenden Exportregelungen müssen jedoch angepasst werden, um
255 europäische Rüstungskooperationen zu erleichtern.

256 Wir halten es für selbstverständlich, dass Deutschland seiner Verantwortung damit auf
257 internationaler Ebene gerecht wird, indem es einen Beitrag zur Konfliktprävention und
258 Friedenssicherung leistet. Gleichzeitig stehen wir zu unseren Bündnis- und
259 Beistandsverpflichtungen in NATO und EU. Die umfangreiche Unterstützung Deutschlands
260 für die Ukraine zeigt, dass auch eine Unterstützung weiterer Staaten ggf. mit
261 Waffenlieferungen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen erforderlich sein kann.

262 **Die Situation der Bundeswehr**

263 Um die neuen Anforderungen an Deutschland als Akteur der Sicherheitspolitik zu
264 erfüllen, ist unsere Bundeswehr von zentraler Bedeutung. Wir haben mit ihr als
265 Parlamentsarmee eine besonders demokratisch legitimierte und kontrollierte Truppe, an
266 die wir aber immer größere Anforderungen stellen. Für diese Anforderungen müssen wir
267 die Truppe wieder fit machen und so ausstatten, dass sie alle von uns an sie
268 gestellten Aufträge erfüllen kann. Das beschlossene Sondervermögen Bundeswehr stellt
269 dafür nun neue Ressourcen zur Verfügung, löst allein aber nicht alle Probleme unserer
270 Truppe. 16 Jahre CDU/CSU im Verteidigungsministerium haben ihre Spuren hinterlassen.
271 Wir müssen jetzt dringend auch die bestehenden strukturellen Probleme angehen.

272 **Anforderungen an unsere Parlamentsarmee**

273 Für eine Neuaufstellung unserer Sicherheitspolitik ist es unerlässlich, ein klares
274 Anforderungsprofil für unsere Parlamentsarmee zu definieren. Zu oft wurden in den
275 letzten Jahrzehnten in kürzester Zeit die Erwartungen an die Truppe komplett
276 verändert. Auch wenn die Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht unerheblich von
277 externen Faktoren abhängt, gilt es, grundsätzliche Leitlinien festzulegen, die auf
278 längere Sicht die Anforderungen und Aufgaben klarstellen. Nur so ist eine effektive
279 und effiziente Gestaltung der Bundeswehr möglich.

280 Dabei ist klar, dass sich die externen Gegebenheiten in den letzten Jahrzehnten
281 massiv verändert haben. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist der Auftrag der Landes-
282 und Bündnisverteidigung immer weiter in den Hintergrund gerückt. Der Fokus der
283 Fähigkeiten lag auf Out of Area-Einsätzen, also solchen mit UN-Mandat oder im Rahmen
284 der NATO, außerhalb des eigenen Territoriums. In diesem Prozess wurden die
285 Fähigkeiten der Landes- und Bündnisverteidigung vernachlässigt. Mit dem russischen
286 Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine muss dazu nun ein Umdenken
287 stattfinden. Deutschland muss seiner Verantwortung in der Bündnisverteidigung gerecht
288 werden. Dafür ist eine langfristige politische Planung aber unerlässlich. Gemeinsam
289 mit unseren europäischen Verbündeten muss die Bundeswehr dazu in der Lage sein, im
290 Verteidigungsfall das EU- und NATO-Territorium zu schützen. Dazu ist eine enge

291 Abstimmung mit unseren Verbündeten unabdingbar. Leider haben wir hier in der
292 Vergangenheit teils leere Versprechungen gemacht. Über diese Kernaufgabe hinaus sehen
293 wir auch die Notwendigkeit, Fähigkeiten vorzuhalten, um international agieren zu
294 können. Von der Absicherung von Seehandelsrouten, über humanitäre Hilfe, bis hin zu
295 Einsätzen mit UN-Mandat, wollen wir in Abstimmung mit unseren Verbündeten auf
296 möglichst viele Eventualitäten vorbereitet sein.

297 Dabei steht für uns fest, dass die Bundeswehr durch das Instrument der Amtshilfe
298 nicht überdehnt werden darf. Die Corona-Pandemie und die Flut im Ahrtal haben uns
299 gezeigt, wo es im zivilen Bevölkerungsschutz in Deutschland hapert. Hier müssen wir
300 dringend auf Verbesserungen hinwirken. Denn auch wenn unzählige Ehrenamtliche sich
301 für ihre Mitmenschen eingesetzt haben, wären viele Krisen ohne den Einsatz der
302 Bundeswehr nicht zu bewältigen gewesen. Die Bundeswehr muss im Bevölkerungsschutz das
303 letzte Mittel sein, die Amtshilfe ist nicht dazu da, Fehler in der Planung des
304 Bevölkerungsschutzes auszugleichen. Das Grundgesetz setzt für den Einsatz im Inneren
305 richtigerweise hohe Hürden.

306 **Nötige Bundeswehrreformen der Organisation, der Beschaffung und beim Personal**

307 In der Organisation Bundeswehr gibt es dringenden Reformbedarf. Nur so kann sie den
308 Anforderungen, die wir an sie stellen, gerecht werden. Aus den letzten großen
309 Bundeswehrreformen haben wir aber gelernt, dass eine so große Organisation nicht
310 komplett neu erdacht werden kann. Es gilt grundsätzlich nach dem Prinzip zu
311 verfahren, so viel Reform wie nötig, so viel Konstanz wie möglich. Nur so kann auf
312 Dauer eine effektive Bundeswehr geschaffen werden.

313 Insbesondere in der Beschaffung der Bundeswehr ist in den letzten Jahren sehr viel
314 schiefgelaufen. Von der Beschaffung von Marine-Hubschraubern, die nicht über
315 Salzwasser fliegen dürfen, über etliche Verzögerungen, bis hin zum Desaster um die
316 Gorch Fock. Der Beschaffungsprozess der Bundeswehr ist zum aktuellen Zeitpunkt durch
317 hohe Verantwortungsdiffusion geprägt. Diejenigen, die mit dem zu beschaffenden
318 Material arbeiten sollen, werden oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Grundsätzlich
319 fordern wir, dass die Ressourcenverantwortung für das Material wieder in die Hand
320 derer zurückgegeben wird, die für die Auftragsdurchführung verantwortlich sind.
321 Querbeziehungen zu Ressourcenverantwortlichen müssen minimiert und strukturell neu
322 gefasst werden. Hierzu müssen insbesondere die Strukturen des Bundesamts für
323 Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr komplett überarbeitet
324 werden. Eine solche Reform kann aber nur kontinuierlich erfolgen. Eine Aussetzung der
325 Beschaffung können wir uns beim desolaten Zustand der Bundeswehr nicht leisten.

326 Klar ist: Die der Bundeswehr zur Verfügung gestellten Geldmittel müssen in Zukunft
327 effektiver genutzt werden. Es darf nicht sein, dass der Verteidigungsetat immer
328 weiter steigt, die Einsatzbereitschaft aber gleichzeitig sinkt.

329 Konkret bedeutet das unter anderem auch den Einkauf von fertig entwickelten Einheiten
330 von Verbündeten oder aus der eigenen Rüstungsindustrie. Dies schließt insbesondere
331 die Beschaffung von Großgeräten wie Flugzeugen, Schiffen und Fahrzeugen ein. Es
332 braucht nicht immer eine eigene Lösung, die in der Entwicklung Unsummen von Geld
333 verschlingt. Deshalb begrüßen wir, dass künftig stärker auf die Beschaffung

334 marktverfügbarer Rüstungsgüter gesetzt wird. Gleichzeitig darf die Beteiligung der
335 Bundeswehr an der Entwicklung zukünftiger Rüstungsprojekte nicht leiden. Insbesondere
336 muss hierbei aber darauf hingewirkt werden, dass europäische Gemeinschaftsprojekte
337 gefordert werden. Die EU-Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte
338 Zusammenarbeit PESCO muss deshalb in Zukunft eine noch entscheidendere Rolle spielen.
339 PESCO ist aber auch nicht frei von Reformbedarf: z.B. die Verpflichtung der
340 beteiligten Länder, ihre Ausgaben für Rüstung kontinuierlich zu erhöhen, gehört
341 abgeschafft. Darüber hinaus braucht es mehr Flexibilität für Kleinanschaffungen
342 innerhalb der Truppe. Kleine Beschaffungen müssen auch ohne einen langwierigen
343 Beschaffungsprozess möglich sein.

344 Die Bundeswehr ist derzeit in sechs Militärische Organisationsbereiche (Heer, Marine,
345 Luftwaffe, Streitkräftebasis, Sanitätsdienst und Cyber- und Informationsraum)
346 unterteilt. Wir fordern eine Restrukturierung zu vier Militärischen
347 Organisationsbereichen (Land, Luft/Weltraum, See, Cyber- und Informationsraum), in
348 Anlehnung an die von der NATO definierten Dimensionen, zu prüfen. Dabei soll auch
349 geprüft werden, wie durch eine Organisationsreform Verantwortungsdiffusionen
350 reduziert werden können. Andere kleinere Organisationseinheiten, wie das
351 Einsatzführungskommando, sollen hiervon unberührt bleiben. Es braucht für jede
352 Aufgabe klar Verantwortliche innerhalb der Truppe. Für uns steht fest, dass dem:der
353 Generalinspekteur:in im Sinne des Dresdner Erlasses weiter eine zentrale Rolle in der
354 Organisation des Verteidigungsministeriums zukommen muss. Die militärische Expertise
355 muss eng mit der politischen Führung verzahnt sein. Das Primat der Politik muss dabei
356 uneingeschränkt bleiben. Wir begrüßen die Aufstellung des Territorialen
357 Führungskommandos der Bundeswehr durch die Bundesverteidigungsministerin. Denn so
358 können die Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung im Inland sowie
359 Amtshilfeanträge aus einer Hand geführt werden.

360 Die Struktur und Politik des Verteidigungsministeriums müssen der Organisation der
361 Truppe wieder besser gerecht werden. Unter Helmut Schmidt wurde dazu ein Planungsstab
362 eingesetzt, der zu je einem Drittel mit Soldat:innen, zivilen Angehörigen der
363 Bundeswehr und zivilen Fachexpert:innen von außerhalb besetzt war. Dieser
364 unterstützte den:die Bundesminister:in in der Wahrnehmung der Amtsaufgaben
365 unmittelbar und beriet bei allen Entscheidungsvorschlägen der militärischen und
366 zivilen Abteilungen des Ministeriums, begleitete die Umsetzung der Entscheidungen
367 des:der Minister:in und setzte politische Vorgaben in Konzeptionen, Reden und Artikel
368 um. Im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr 2012 wurde diese Struktur aufgelöst.
369 Um in Zukunft wieder eine eng zwischen Truppe und Regierung abgestimmte Politik
370 gewährleisten zu können, fordern wir eine Wiedereinführung des Planungsstabes oder
371 eines ähnlichen Gremiums, das aus der Truppe besetzt wird und das
372 Bundesverteidigungsministerium berät, zu prüfen.

373 Um dem stetigen Personalmangel bei der Bundeswehr entgegenzuwirken, muss der
374 Bewerbungsprozess reformiert werden. So sollen Online-Beratungs- und
375 Informationsangebote ausgebaut werden. Die verpflichtende Erstberatung in den
376 Karrierecentern der Bundeswehr soll nicht nur die Vorteile des Dienstes in der
377 Bundeswehr, sondern auch die Besonderheiten und Belastungen des Soldat:innenberufs

378 enthalten. Auf realitätsverzerrende Werbemaßnahmen soll die Bundeswehr verzichten. Um
379 dem Personalmangel in Mangelverwendungen zu begegnen, sollen weiterhin die Hürden für
380 einen Seiteneinstieg in die Bundeswehr gesenkt werden, um von eventuellen zivil
381 erworbenen Qualifikationen der Bewerber:innen zu profitieren. Die Ausbildung der
382 Soldat:innen muss sich an den geänderten Anforderung an die Bundeswehr orientieren.
383 So soll eine modernisierte und realitätsnahe Fähigkeitenbildung der Soldat:innen
384 durch eine stetige Evaluation und Anpassung bestehender Ausbildungskonzepte
385 sichergestellt werden. Dazu gehört auch die Ausbildung an moderner Technik wie
386 beispielsweise Funkausstattung oder persönlicher Schutzausstattung.

387 **Gegen Extremismus, für Vielfalt**

388 Zu lange wurde verkannt, dass es rechtsextreme Strukturen gibt, die in die Bundeswehr
389 hineinreichen. Zu den Kernpflichten der Soldat:innen gehört es, im und außer Dienst
390 jederzeit die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik ohne
391 jeglichen Zweifel anzuerkennen und für ihren Erhalt stets aktiv einzutreten. Die
392 allermeisten Soldat:innen erfüllen diesen Wesenskern uneingeschränkt und stehen fest
393 auf dem Boden des Grundgesetzes. Wer diesen Pflichten aber nicht nachkommt, gehört
394 nicht in den Staatsdienst. Allein im Jahr 2021 gab es 226 Verdachtsfälle für
395 extremistisches Verhalten. Die Ausweitung der Sicherheitsüberprüfung von
396 Bewerber:innen noch vor der Einstellung in die Bundeswehr, die im Jahr 2021
397 vorgenommen wurde, begrüßen wir. Sie muss in ihrer Wirksamkeit evaluiert und ggfs.
398 weiterentwickelt werden. Eine weitere wichtige Präventionsmaßnahme ist die politische
399 Bildung der Truppe. Wir fordern, den Anteil der politischen Bildung von derzeit
400 mindestens 24 Stunden auf 50 Stunden pro Jahr zu erhöhen und neben Inhalten der
401 politischen, historischen und interkulturellen Bildung auch Elemente der
402 Persönlichkeitsbildung und Sensibilisierung zu vermitteln. Unverzichtbar ist in
403 diesem Zusammenhang, die für die Truppe erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen,
404 um die Bildungseinheiten auch durchführen zu können. Das beinhaltet zeitliche
405 Ressourcen, aber auch geeignete Räumlichkeiten sowie die organisatorische
406 Unterstützung für sinnvolle Exkursionen, wie z.B. den Besuch von Gedenkstätten und
407 ehemaligen Konzentrationslagern.

408 Überzogene Härte in der Ausbildung ist seit Jahren ein immer wieder thematisiertes
409 Problem innerhalb der Bundeswehr. Um dem entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass
410 Ausbilder:innen und Vorgesetzte die Grundsätze der Inneren Führung (dazu zählen
411 Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und
412 Demokratie) nicht nur vermitteln, sondern auch selbst verinnerlichen und vorleben.

413 Die Bundeswehr muss vielfältiger werden. Frauen leisten seit nunmehr 20 Jahren Dienst
414 an der Waffe. Seitdem wurde viel erreicht. Dennoch sind Frauen in der Bundeswehr noch
415 immer unterrepräsentiert. Nach wie vor gilt es, überkommene Denkmuster zu
416 durchbrechen. Um Frauen für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen muss die
417 Vereinbarkeit von Dienst und Familie weiter ausgebaut werden, in dem mehr
418 Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, Kinderbetreuung sowie mobiles Arbeiten geschaffen
419 werden. Sexistische Anfeindungen und sexuelle Übergriffe müssen in der Truppe
420 ausnahmslos geandert werden. Es darf keine Diskriminierung queerer Menschen in der
421 Bundeswehr geben. Wir fordern, die Zentrale Dienstvorschrift zum 'Umgang mit

- 422 Sexualität und sexuellem Fehlverhalten in der Bundeswehr' zügig in Kraft zu setzen.
- 423 Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist allerdings kein adäquates Mittel, um die
- 424 Vielfalt in der Bundeswehr zu stärken. Einen solchen Eingriff in das Leben junger
- 425 Menschen lehnen wir nach wie vor ab.

426

Antrag AUS 06: Kosovo gehört zu Europa! Mit Visafreiheit fängt es an.

Antragsteller*in:	KV Rhein-Neckar
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

- 1 **Kosovo gehört zu Europa! Mit Visafreiheit fängt es an.**
- 2 Wir bitten die Bundesregierung, sich hinsichtlich des Schengenraums für Visafreiheit
- 3 für den Kosovo einzusetzen und damit eine Perspektive der Hoffnung zu eröffnen, die
- 4 der europafreundlichen Einstellung der Bevölkerung des Kosovo Rechnung trägt.
- 5 Gleichzeitig bitten wir die Bundesregierung auf die fünf EU-Staaten – namentlich
- 6 Griechenland, Rumänen, die Slowakei, Spanien und die Republik Zypern – einzuwirken,
- 7 der völkerrechtlichen Anerkennung eines eigenständigen Kosovos zuzustimmen.
- 8

Antrag B 01: Bildungsrückstände nach Corona abbauen - Mehr Chancengleichheit durch Unterstützung Benachteiligter und Lehrender

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	B - Bildung

1 **Bildungsrückstände nach Corona abbauen - Mehr Chancengleichheit**
2 **durch Unterstützung Benachteiligter und Lehrender**

3 Wir fordern:

- 4 • Eine Bestandsaufnahme des Lernrückstands und das gezielte unbürokratische
5 Nachholen von Lerninhalten, z.B. durch kostenlose Nachhilfe.
- 6 • Mehr Budget für die Schulsozialarbeit, damit Kinder und Jugendliche, die während
7 Corona häusliche oder psychische Gewalt erfahren haben, oder mental Probleme
8 haben, Hilfe finden und so nötige Konzentration für die Schule wiedererlangen.
- 9 • Eine Fortbildung für Lehrkräfte im Bereich Fernunterricht, die allen zugute
10 kommt. Um sie auf künftige Fälle, wo kein Präsenz Schulbesuch möglich ist,
11 vorzubereiten.
- 12 • Unterstützungsangebote für Eltern im Bereich Fernunterricht.

Antrag B 03: Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zulasten der Integration und Inklusion in Kitas

Antragsteller*in:	OV Rheinfelden, KV Lörrach
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 **Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zulasten der Integration und Inklusion in Kitas**
- 2 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Wir begrüßen die Brückenlösung zur Fortführung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas:
- 4 Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“. Dabei ist bei diesem Thema das Land in der
- 5 Pflicht. Sprachförderung in Kindertagesstätten ist originäre Aufgabe des Landes. Die
- 6 Landesregierung muss ihre Blockadehaltung aufgeben und die Finanzierung der Sprach-
- 7 Kitas übernehmen.
- 8 Damit bringen wir zum Ausdruck, dass wir die Qualitätsstandards im Bereich der
- 9 Inklusion, der sprachlichen Bildung, der Zusammenarbeit mit den Eltern und der
- 10 Digitalisierung aufrechterhalten wollen. Wir wollen damit auch die durch die Pandemie
- 11 bedingten Bildungsbenachteiligungen ausgleichen und mehr Bildungsgerechtigkeit
- 12 erreichen.

Antrag B 04: "Runden Tisch" zur Stärkung der beruflichen Orientierung und Bildung einrichten

Antragsteller*in:	KV Waldshut
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 „Runden Tisch“ zur Stärkung der beruflichen Orientierung und Bildung einrichten
- 2 Energiekrise und Klimakrise führen in unserer Gesellschaft aktuell einen
- 3 unübersehbaren Fachkräftemangel vor Augen. Die Zahl junger Bewerber:innen auf
- 4 Ausbildungsstellen geht immer weiter zurück (2022: minus 2,2 %), während die Zahl
- 5 offener Ausbildungsplätze immer weiter ansteigt (2022: plus 9,2 %). Das
- 6 vermeldete das baden-württembergische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und
- 7 Tourismus noch im Juli 2022.
- 8 Energiewende und Klimawende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe können jedoch nur
- 9 gelingen, wenn sich dieser Trend umkehren lässt. Zu diesem Zweck fordern wir die
- 10 Einrichtung eines landesweiten runden Tisches zur Berufsorientierung in Baden-
- 11 Württemberg. Vertreter:innen der Ministerien sollen gemeinsam mit der Arbeitsagentur,
- 12 den Gewerkschaften, den Kammern, den Unternehmen und den Vertreter:innen der am
- 13 Schulleben Beteiligten konkrete Maßnahmen erarbeiten, um die Berufsorientierung in
- 14 sämtlichen Schularten, insbesondere den allgemeinbildenden Gymnasien, voranzutreiben
- 15 und die berufliche Bildung in der öffentlichen Wahrnehmung und Wertschätzung
- 16 voranzubringen. Denn nur mit mehr Berufsbildung und mit mehr Fachkräften wird die
- 17 wirtschaftliche Transformation gelingen, die uns Energiekrise und Klimakrise aktuell
- 18 abverlangen.

Antrag B 05: Schwimmen in Baden-Württemberg sichern - energieeffizient und klimaneutral

Antragsteller*in:	KV Konstanz, KV Rastatt/Baden-Badeb, KV Tübingen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bildung

1 Schwimmen in Baden-Württemberg sichern - energieeffizient und klimaneutral

2 Schon während der Pandemie waren es vor allem die Jüngsten unserer Gesellschaft, die
3 unter den veränderten Bedingungen sowie den damit einhergehenden Einschränkungen zu
4 leiden hatten.

5 Viele Kinder in Baden-Württemberg können nicht schwimmen. Dies liegt auch daran, dass
6 Schwimmen als Teil des Sportunterrichts selten stattfindet und immer mehr
7 Schwimmbäder geschlossen werden. Nach aktuellen Zahlen der DLRG lernen nur noch 26
8 Prozent der Kinder das Schwimmen in der Grundschule - ein Weckruf für die
9 Landespolitik!

10 Außerdem sind Schwimmbäder mehr als ein Lernort. Es sind Treffpunkte in der Kommune,
11 im Stadtviertel wo die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen zusammenkommen.
12 Schwimmbäder bieten für Menschen in beengten Wohnverhältnissen Freiraum, für Kinder,
13 deren Familien das Geld für Ausflüge oder Urlaub fehlt, einen Raum zum Austoben.
14 Kurz: ein Raum für Begegnung und Bewegung. Deshalb müssen neben Schwimmzeiten für
15 Kurse, Schule und Vereine auch immer öffentliche Nutzungszeiten gewährleistet sein.
16 Was von Steuerzahler:innen bezahlt wird, muss auch von ihnen nutzbar sein, auch ohne
17 Vereinsmitglied zu sein oder einen Kurs zu belegen.

18 Mussten in den vergangenen beiden Jahren viele Schwimm- und Hallenbäder bereits
19 geschlossen bleiben, leiden sie durch die Auswirkungen des russischen Überfalls auf
20 die Ukraine, der Gasknappheit sowie der nachfolgenden Energiepreise auch heute:
21 Während im Juli 2022 mindestens 45 der noch 704 kommunal geführten Bäder durch die
22 Preissteigerungen in ihrer Existenz bedroht waren, verwies das baden-württembergische
23 Innenministerium unter Thomas Strobl (CDU) lediglich darauf, dass die Finanzierung
24 und Verwaltung in Verantwortung der Kommunen liege. Diese sollten als kleinste
25 organisatorische Einheit einmal mehr für die Mehrkosten geradestehen.

26 Bei dieser Debatte, welche regelmäßig durch Ministerpräsident Winfried Kretschmann
27 (B90/Die Grünen) ad absurdum geführt wird, geht es jedoch keinesweges um Luxusgüter –
28 stattdessen sind Schwimm- und Hallenbäder substantieller Bestandteil der Erziehung
29 von Kindern und Jugendlichen. Denn: Schwimmen wird heute nicht in der Donau erlernt,
30 sondern in Schulen und Vereinen, die auf eine solide Infrastruktur angewiesen sind.
31 Nur noch jede vierte Grundschule hat Zugang zu ausreichend Schwimmflächen. Diesem
32 Trend wollen wir entgegentreten, unsere Schwimm-Infrastruktur muss in öffentlicher

33 Hand bleiben und zukunftsfähig gemacht werden!

34 Mit großer Sorge blicken wir daher auf die tagesaktuellen Debatten zur Schließung von
35 Schwimmbädern während der Winterzeit. Klar ist: Jeder Bereich muss einen Beitrag zur
36 Milderung der aktuellen Gas- und Energiekrise leisten. Es gilt in dieser Notlage, die
37 Einsparziele für die nächste Heizperiode zu sichern sowie private Verbraucher:innen
38 vor Ausfällen im Strom- und Gasbereich zu schützen. Gleichzeitig muss die Schließung
39 von Schwimmanlagen, die nicht reine "Spaß-" oder "Wellnessbäder" sind, bestmöglich
40 vermieden werden. Langfristig benötigt die Vielfalt der Bäderlandschaft in Baden-
41 Württemberg umfangreiche Förderungen.

42 Wir wollen eine Trendwende hin zur Sicherung bestehender Infrastruktur und dem Aufbau
43 von mehr Schwimmfläche einleiten. Folgende Maßnahmen müssen dafür seitens des Landes
44 getroffen werden:

45 **Auflage des kurzfristig angelegten "Solidarpakt Bäder in Baden-Württemberg".** In
46 diesem verpflichtet sich das Land zur Übernahme von 80% der zusätzlich entstandenen
47 Heiz- und Stromkosten der Bäder in Baden-Württemberg, vorläufig in den Jahren 2022
48 und 2023. Maßgeblich für die Berechnung ist hierbei die Differenz zu den
49 durchschnittlichen Kosten im Jahr 2019. Die Förderung ist gleichzeitig an die
50 Einstellung von nicht zwingend notwendigen Attraktionen wie etwa Rutschen,
51 Wellenbäder, beheizte Außenbecken und Saunen geknüpft. Zusätzlich sollen die Bäder
52 nach Möglichkeit die durchschnittliche Wassertemperatur um bis zu zwei Grad Celsius
53 senken, entsprechend den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen.
54 Damit wollen wir die beiden übergreifenden Ziele, den Erhalt der Bäderlandschaft, für
55 das Schwimmenlernen von Kindern und Jugendlichen sowie die notwendige Reduzierung des
56 Gasverbrauchs in allen Bereichen vereinen.

57 **Auflage des langfristig angelegten "Förderprogramm energieeffiziente Bäder in Baden-
58 Württemberg"** mit einem jährlichen Fördervolumen von 150 Millionen Euro. Die Förderung
59 des Landes ist dabei gedeckelt auf 50% der Investitionskosten bzw. maximal 10
60 Millionen Euro je Projekt. Die Mittel sind an die Sanierung bzw. den Neubau von
61 Schwimmbädern nach dem Passivhaus-Konzept gebunden. In ersten Modellprojekten
konnten

62 dabei rund 70% der Wärmeenergie und 40% des Strombedarfs eingespart werden. Zu den
63 geforderten Maßnahmen des Förderprogramms gehört entsprechend des Passivhaus-
64 Konzeptes u.a. die entsprechende thermische Isolierung von Außenwänden und
65 Glasfronten. Außerdem müssen Lüftungsanlagen grundsätzlich mit automatischen Reglern
66 und Wärmerückgewinnung verbaut werden. Durch digitale Vernetzung kann der Betrieb von
67 Lüftungsanlagen so an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Um die notwendige
68 Energie- und Wärmegewinnung möglichst effizient und nachhaltig zu gestalten, setzen
69 wir auf Wärmepumpen sowie mit anderen Konzepten der Sektorkopplung betriebene
70 Blockheizkraftwerke. Damit wollen wir unsere Bäderlandschaft vielfältig und
71 zukunftssicher machen. Dazu gehört nicht zuletzt, die Bäder nachhaltig aufzustellen
72 und die Klimaziele zu erreichen.

73 **Einsetzung eines "Fördertopf Seepferdchen" in Höhe von 2 Mio Euro jährlich.**

74 Daraus soll das Förderprogramm für Anfängerschwimm-AGs der Stiftung Sport in der

75 Schule Baden-Württemberg aus Landesmitteln unterstützt werden. Das erfolgreiche
76 Programm ermöglicht die Einrichtung außerunterrichtlicher Schwimm-AGs im
77 Grundschulbereich und leistet so einen wichtigen Beitrag für flächendeckenden
78 Schwimmunterricht. Das Land soll hierbei außerdem auf eine Überprüfung und ggf.
79 Anpassung der entsprechenden Fördersumme pro Schwimm-AG hinwirken.

80 In Ergänzung steht den Kommunen ein Förderfonds zur Verfügung, um Personalengpässe
81 beim Angebot öffentlicher Schwimmkurse auszugleichen. Diese Angebote stehen den
82 Schulen zur Verfügung und werden in Absprache mit ihnen entwickelt, damit alle Kinder
83 Zugang zu den Kursen haben, auch die, deren Eltern vielleicht nicht den Schritt zu
84 einer Kursanmeldung gehen. Für diese Maßnahmen sollen jährlich mindestens 1 Mio. Euro
85 zur Verfügung gestellt werden.

86 Mit weiteren 1 Mio. Euro sollen Vereine, Initiativen und Projekte unterstützt werden,
87 die wichtige Arbeit für das Schwimmenlernen in Baden-Württemberg leisten. Dazu zählen
88 Schwimmkurse bereits vor dem Grundschulalter, Unterricht für Schüler:innen der
89 weiterführenden Schulen, entsprechende Kurse für Erwachsene und Angebote, die sich
90 auf besondere Zielgruppen konzentrieren, z.B. Kinder von Geflüchteten. Vereine und
91 Initiativen sollen sich unkompliziert durch einen digitalen Antrag auf die Mittel des
92 Landes bewerben können. Mit diesem Topf unterstützen wir die Bemühungen von Schulen
93 und Kommunen, flächendeckend Schwimmunterricht anzubieten und stärken Akteure, die
94 bestehende Lücken in der Versorgung schon heute mit weiteren 1 Mio Euro schließen.

95 Die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen ist lebenswichtig. Wir setzen uns
96 entschlossen für die Sicherheit in unseren Bädern und an den Badeseen ein. Das Land
97 trägt Verantwortung, Bemühungen vonseiten des Bundes zu unterstützen. Dieser wollen
98 wir gerecht werden!

Antrag B 07: Mind the (Digital) Gap - Für eine stärkere Verankerung der Bildungsgerechtigkeit in den Digitalisierungsinitiativen an den Schulen

Antragsteller*in:	KV Ortenau
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 **Mind the (Digital) Gap - Für eine stärkere Verankerung der Bildungsgerechtigkeit**
2 **in den Digitalisierungsinitiativen an den Schulen**
- 3 (Digitaler) Bildungserfolg darf nicht von der Wahl der Schule und deren digitalem
4 Entwicklungsstand
5 abhängen!
- 6 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und den Landesvorstand dazu auf, sich für eine
7 stärkere
8 Verankerung der Bildungsgerechtigkeit in den Digitalisierungsinitiativen an den
9 Schulen einzusetzen.
10 Im Einzelnen fordern wir:
- 11 1. Die Evaluation des digitalen Entwicklungsstands an den Schulen in Baden-
12 Württemberg
13 muss entscheidend vorangebracht werden, um systematisch ungleiche Kontextbedingungen
14 offenzulegen und damit eine Basis für evidenzbasierte Maßnahmen zu
15 schaffen. Der Aspekt der Bildungsgerechtigkeit muss in den Evaluationsprojekten
16 angemessen
17 berücksichtigt werden [1].
- 18 2. Die Ursachen für eine stärker werdende Spaltung zwischen digital stark und digital
19 schwach aufgestellten Schulen konnten noch nicht systematisch nachgewiesen werden.
20 Hier sind entsprechende Initiativen anzustoßen.
- 21 3. Die bedarfsgerechte Verteilung der Mittel (z. B. über sog. „Sozialindizes“) muss
22 in Zukunft
23 stärker in den Digitalisierungsinitiativen an den Schulen verankert werden. In Baden-
24 Württemberg steckt die Ressourcensteuerung über sozialindexbasierte Modelle
25 noch in den Kinderschuhen [2]. Hier sind entsprechende Grundlagen zu schaffen.
- 26 An die SPD-Bundestagsfraktion gerichtet fordern wir, dass auch auf Bundesebene
27 Bildungsgerechtigkeits- und Verteilungsfragen (z. B. im Rahmen eines potenziellen
28 „Digitalpaktes 2.0“
29 oder anderer Programme) stärker berücksichtigt werden.
- 30 Ziel ist die Gewährleistung von flächendeckenden digitalen Qualitätsstandards über
31 alle Schulformen

- 32 hinweg und unabhängig von den jeweiligen sozioökonomischen Kontextbedingungen
- 33 der Schulen und damit die Förderung von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit
- 34 im
- 35 digitalen Zeitalter.

Antrag IR 01: Chancen für junge Architekt:innen und kleine Architekturbüros – Gerechter Zugang zu öffentlichen Planungsleistungen

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission (Z. 27-29: Annahme, Rest: Begründung)
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Chancen für junge Architekt:innen und kleine Architekturbüros – Gerechter Zugang zu 2 öffentlichen Planungsleistungen

3 Planungsleistungen für öffentliche Bauten werden meist über Wettbewerbe entschieden,
4 bei denen Entwürfe für die Bauaufgabe eingereicht werden. Diese Entwürfe werden von
5 einer Jury aus Fach- und Sachpreisrichter:innen qualitativ bewertet. Üblicherweise
6 werden die Bestplatzierten dieser Wettbewerbe im Rahmen eines nachgeschalteten
7 Bieterverfahrens mit der Planung beauftragt.

8 Leider sind in Baden-Württemberg diese Wettbewerbe fast immer zugangsbeschränkt (laut
9 der aktuellen Wettbewerbsstatistik der Architektenkammer für 2020 war dies bei über
10 90% der Wettbewerbe der Fall), was bedeutet, dass junge Architekt:innen kaum eine
11 Chance zur Teilnahme haben. Die Zugangsbeschränkungen beziehen sich meist darauf,
12 dass das sich bewerbende Büro nachweisen muss, über einen gewissen Zeitraum
13 eigenständig eine gewisse Anzahl an spezifischen Gebäuden geplant zu haben.

14 Das führt dazu, dass die Gründung eines Architekturbüros fast nur noch möglich ist,
15 wenn es wohlhabende Personen oder Unternehmen im Bekanntenkreis gibt, die einem die
16 ersten Aufträge zuschanzen. Ferner wird es auch kleineren und mittleren
17 Architekturbüros zunehmend erschwert, sich am öffentlichen Bauen zu beteiligen. Das
18 ist ungerecht.

19 Aus dieser Tatsache folgt, dass bestehende Büros immer größer werden und sich den
20 Markt untereinander aufteilen können. Der Kampf gegen den Klimawandel bedarf frischer
21 Ideen und innovativer Lösungsansätze: einem Wettstreit um die besten Ideen.

22 Sich hierzu auf tradierte Strukturen größerer Büros allein zu verlassen, lässt
23 Talente ungenutzt. Baden-Württemberg kann mit Stolz auf eine lange Tradition guter
24 Architektur blicken und hat bis heute vier der besten Architekturschulen
25 Deutschlands. Drei davon in Stuttgart.

26 Antrag

27 Wir fordern die Vergabeordnung des Landes Baden-Württemberg für Planungsleistungen
28 öffentlicher Bauten dahingehend zu ändern, dass ein gerechter Zugang zum
29 Wettbewerbswesen für alle Architekt:innen gleichermaßen möglich wird.

30 Der praktikabelste Weg ist, den Text der Vergabeverordnung des Landes dahingehend zu
31 ändern, dass:

- 32 1. Planungsleistungen für Neubauten oder signifikanten Umbauten der öffentlichen
33 Hand nur nach einem vorgeschalteten Planungswettbewerb vergeben werden dürfen.
34 Dies muss auch bei PPP-Modellen gelten.
- 35 2. bei zugangsbeschränkten Wettbewerben mindestens die Hälfte aller Teilnehmenden
36 über ein vereinfachtes Losverfahren mit minimaler Schwelle (Mitgliedschaft in
37 einer Architektenkammer und Nachweis über die Versicherbarkeit einer
38 Berufshaftpflicht) bestimmt werden müssen.

Antrag IR 02: Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für verfolgte queere Menschen!

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 **Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für verfolgte queere Menschen!**
- 2 Wir fordern:
- 3 • Unterstützung für queere Flüchtende während eines Asylverfahrens,
- 4 • bessere Aufklärung bezüglich der Menschenrechte queerer Menschen, insbesondere
- 5 innerhalb religiöser Gemeinden,
- 6 • die Verbesserung der sozialen Situation von Menschen mit HIV und AIDS.

Antrag IR 05: Für ein menschliches Asyl- und Aufenthaltsrecht – Anspruch auf Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte

Antragsteller*in:	KV Heidelberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 **Für ein menschliches Asyl- und Aufenthaltsrecht – Anspruch auf Familiennachzug für**
2 **subsidiär Schutzberechtigte**

3 Wir fordern die Schaffung eines Anspruchs auf Familiennachzug für subsidiär
4 Schutzberechtigte. Damit leisten wir einen Beitrag zu einem menschlicheren Asyl- und
5 Aufenthaltsrecht und beenden die willkürliche Ungleichbehandlung zwischen
6 Geflüchteten und subsidiär Schutzberechtigten.

7 In § 36a AufenthG ist geregelt, dass Geflüchtete, die nur über subsidiären Schutz
8 verfügen, beim Familiennachzug dem Ermessen der Behörde unterworfen sind. Außerdem
9 können nach dieser Regelung nur 1.000 Angehörige subsidiär Schutzberechtigter pro
10 Monat ein Visum im Rahmen des Familiennachzugs erhalten. Diese Zahl ist willkürlich
11 und verfassungsrechtlich jedenfalls zweifelhaft.

12 Außerdem fordern wir den Kreis der Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs einen
13 Aufenthaltstitel erhalten können, zu erweitern. Die aktuelle Regelung sieht vor, dass
14 ein Rechtsanspruch auf Familiennachzug nur in Bezug auf Ehepartner*innen, Eltern bzw.
15 sorgeberechtigte Personen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und
16 minderjährige Kinder nachgeholt besteht (sog. Kernfamilie). Der Nachzug sonstiger
17 Familienangehörige setzt das Vorliegen außergewöhnlicher Härte voraus und steht zudem
18 im Ermessen der Behörde. Praktisch führt dies dazu, dass der Nachzug sonstiger
19 Familienangehöriger fast nie gelingt.

20 Wir fordern daher, dass der Rechtsanspruch auf Familiennachzug auf den folgenden
21 Personenkreis erweitert wird: Eltern, Großeltern, Geschwister und Kinder unabhängig
22 ihres Alters sollen im Rahmen des Familiennachzugs einen Aufenthaltstitel erhalten
23 müssen.

24 Daneben müssen die Botschaften, die Ausländer*innenbehörden und die sonst zuständigen
25 Behörden personell und infrastrukturell so ausgestattet werden, um die eingehenden
26 Anträge zeitnah zu bearbeiten.

Antrag IR 06: Abschiebestopp Iran

Antragsteller*in:	KV Schwarzwald-Baar
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 **Abschiebestopp Iran**

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Wir stehen solidarisch an der Seite der Demonstrierenden Menschen im Iran

4 „Zan, Zendegi, Azadi“ und „Jin, Jiyan, Azadî“ (persisch und kurdisch für „Frau,
5 Leben, Freiheit“) – mit diesen und anderen Worten bringen Menschen ihren Protest
6 gegen die Entrechtung und Unterdrückung von Frauen und Mädchen im Iran zum Ausdruck.
7 Sie solidarisieren sich mit Mahsa (Zhina) Amini, die bei einer Kontrolle der
8 Sittenpolizei am 13. September 2022 in Teheran festgenommen wurde, angeblich, weil
9 unter dem Kopftuch ihre Haare hervorschauten. Die 22-jährige Amini aus der Provinz
10 Kurdistan im Iran starb kurz darauf in Polizeigewahrsam.

11 Systematisch kriminalisiert das Mullah-Regime die Selbstbestimmung von Frauen und das
12 bereits seit der Machtübernahme. Menschen im Iran gehen aufgrund des Todes von Mahsa
13 (Zhina) Amini seit Wochen für Menschen-, Minderheiten- und Frauenrechte auf die
14 Straße. Neben willkürlichen Massenverhaftungen und dem Einsatz scharfer Munition sind
15 mittlerweile zahlreiche Todesopfer zu beklagen.

16 Nicht allein der Tod von Mahsa (Zhina) Amini treibt tausende Menschen im Iran auf die
17 Straße. Die Proteste sind Ausdruck einer tiefgreifenden Unzufriedenheit mit der
18 Regierung und der Unterdrückung von Freiheit und Menschenrechten. Sie demonstrieren
19 gegen einen zutiefst korrupten und gewaltsamen Theokraten- und Geheimdienststaat, der
20 Frauen und alle andersdenkenden Menschen systematisch unterdrückt, der politischen
21 Widerstand brutal im Keim ersticken lässt und Kurdinnen und Kurden sowie andere
22 ethnische Gruppen und religiöse Minderheiten diskriminiert und entrechtet. Eine
23 Internetsperre im Land erschwert derweil die Verbreitung von Informationen über die
24 Proteste und die Kommunikation der Protestierenden untereinander.

25 Es ist für jede Bürgerin und Bürger im Iran mit einem hohen persönlichen Risiko
26 verbunden, gegen das iranische Regime zu protestieren – darunter Folter und sogar der
27 Verlust des eigenen Lebens. Die Behörden Irans gehen auch jetzt wieder mit
28 rücksichtsloser Härte gegen Protestierende, Dissidenten und Oppositionelle vor.
29 Weltweit solidarisieren sich Menschen mit den Frauen und den Opfern des Regimes.

30 Iran zählt zu den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern von Asylsuchenden in
31 Deutschland.

32 Die Anerkennungsquote für Iraner*innen im Asylverfahren liegt bei etwa 30 Prozent
33 (bereinigte Schutzquote knapp 50 Prozent, Bundestag Drs. 20/2309). Mehr als 10.000

- 34 Iraner*innen in Deutschland leben mit dem prekären Status der Duldung, viele von
35 ihnen unterliegen einem Arbeitsverbot (Bundestag Drs. 20/3201).
- 36 Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Verhaftungen, Verschleppung, Folter und
37 Tötung von politischen Aktivist*innen, LGBTIQ+, Kurd*innen, Frauen und alle, die
38 gegen die strenge Sittenordnung des iranischen Regimes verstoßen, sind nicht neu.
- 39 Angesichts der massiven Gewalt gegen Andersdenkende setzen uns für einen sofortigen
40 Abschiebestopp für Iran ein. Die in Baden-Württemberg geduldeten Iraner*innen
41 brauchen schnellstmöglich eine Bleibeperspektive in Deutschland.

Antrag IR 07: Abwahlmöglichkeit für Bürgermeister:innen

Antragsteller*in:	KV Rottweil
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 **Abwahlmöglichkeit für Bürgermeister:innen**
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Die SPD strebt die Aufnahme einer Bestimmung in die Gemeindeordnung von Baden-
- 4 Württemberg an, die eine Abwahlmöglichkeit für Bürgermeister:innen[1] vorsieht. Das
- 5 Verfahren könnte sich beispielsweise an den Regelungen in § 51 Abs. 7 bis 9 der
- 6 Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) orientieren, die im Wortlaut diesem Antrag am
- 7 Ende angefügt werden.

Antrag IR 10: Wahlordnung im Digitalzeitalter - Gleiche Chancen für Alle

Antragsteller*in:	AfA Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 **Wahlordnung im Digitalzeitalter - Gleiche Chancen für Alle**
- 2 Wir fordern die Ergänzung des §24 BetrVG Schriftliche Stimmabgabe im
- 3 Digitalzeitalter:
- 4 Wahlberechtigte Beschäftigte sollen, wenn ihr Arbeitsplatz ständig oder überwiegend
- 5 außerhalb der Betriebsstätte befindet, die Briefwahlunterlagen automatisch per Post
- 6 oder moderner Telekommunikation, wie z.B. per Firmen internem Mail, oder einer
- 7 Privatmail zugesendet bekommen. Da im Betrieb vielleicht nicht bekannt ist, welchen
- 8 Kommunikationsweg die jeweiligen Beschäftigten besitzen oder wünschen, sollen diese
- 9 mindestens 4 Wochen vorab am Arbeitsplatz oder per interner Mail befragt werden,
- 10 welcher Weg der Information für sie machbar ist.

Antrag IR 11: Kommunen in Baden-Württemberg digitalisieren

Antragsteller*in:	KV Sigmaringen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Kommunen in Baden-Württemberg digitalisieren

2 Problem:

3 Unser Staat kann schneller und praktischer für uns alle werden. Und unser Staat muss
4 konkurrenzfähig werden mit zunehmend modernen Verwaltungen im Ausland, die attraktiv
5 sind für junge Talente, Unternehmen und Investitionen. Dazu muss Deutschland
6 digitaler werden und seine Verwaltung digitalisieren. Gerade für kleine Verwaltungen
7 auf dem Land bietet die Digitalisierung eine riesige Chance, selbst mit kleinen
8 Mitarbeiterstäben mit Hilfe von Automatisierungen noch ihre Aufgaben zu erfüllen.

9 Ein großer Teil unserer Verwaltung und die meisten Berührungspunkte zwischen
10 Bürgerinnen, Bürgern und dem Staat sind auf kommunaler Ebene. Das heißt: Jede
11 Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland kann nur gelingen, wenn sie in unseren
12 Kommunen – ob Dorf oder Großstadt – funktioniert. Ein zentrales Gesetz für die
13 Verwaltungsdigitalisierung ist das Onlinezugangsgesetz (OZG). Es schreibt Bund,
14 Ländern und Kommunen vor: Rund 600 Verwaltungsleistungen sollen bis Ende 2022 digital
15 verfügbar sein. Doch längst ist klar: Das wird nichts mehr. Ein Teil des Problems ist
16 es, die Kommunen nicht genug mitzudenken, einzubeziehen und zu unterstützen.

17 Unsere Kommunen in Deutschland sind Teil der Bundesländer. Darum fordern wir: Die
18 Landesregierung in Baden-Württemberg muss den Kommunen endlich dabei helfen, digital
19 zu werden. Zwar liegen mit den sogenannten Standard- und Universalprozessen Konzepte
20 vor. Aber in der Praxis sind diese Prozesse zu langsam, zu schwer anzubinden oder
21 teils gänzlich unnütz. Bis heute ist vielen Kommunen z.B. unklar, wie sie die
22 Verwaltungsleistungen anderer Kommunen nachnutzen können. Aus der Not heraus haben
23 sich in Baden-Württemberg 140 kommunale Akteure zu einer OZG-Taskforce
24 zusammengeschlossen. Sie eint die Kritik, von der Landesregierung vernachlässigt zu
25 werden.

26 90% unseres E-Governments findet auf kommunaler Ebene statt, rund 350 Leistungen sind
27 kommunal zu digitalisieren. Als wäre das nicht genug, ist in den letzten Jahren die
28 Belastung von Kommunen gestiegen: Glasfaser verlegen, Mobilfunk ausbauen, die e-Akte
29 einführen, Corona bekämpfen und Geflüchtete aufnehmen. Außerdem besteht gerade Baden-
30 Württemberg aus vielen kleinen Gemeinden mit nur wenig Personal, die sich unmöglich
31 alleine digitalisieren können. Darum brauchen unsere Kommunen unbedingt und dringend
32 die Unterstützung vom Land. Am Ende sind es die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen
33 die darunter leiden.

34 **Lösung:**

35 Wir fordern: Das Land Baden-Württemberg muss seine Kommunen bei der Digitalisierung
36 unterstützen, gerade auch finanziell.

- 37 1. Land und Bund müssen den Kommunen einige Kosten ersparen. Wo
38 Verwaltungsleistungen bereits digital verfügbar sind, muss es für andere
39 Kommunen einfach und kostenlos sein, sie zu übernehmen.
- 40 2. Die Landesregierung muss unsere Kommunen finanziell dabei unterstützen,
41 Schnittstellen aufzubauen, die eine schnelle, einfache Nachnutzung von
42 digitalisierten Verwaltungsleistungen technisch ermöglichen.
- 43 3. Nicht jede Kommune braucht ein eigenes teures Rechenzentrum, das die meisten
44 erst noch aufbauen müssten. Das Land Baden-Württemberg sollte seine eigenen
45 Rechenzentren ausbauen und den Kommunen zur Verfügung stellen.
- 46 4. Die Landesregierung muss unsere Kommunen besser informieren. Änderungen und
47 Vorgaben zur Umsetzung der digitalen Verwaltung haben in der Vergangenheit zu
48 wenige Kommunen in Baden Württemberg erreicht. Sie muss den Kommunen transparent
49 erklären, was ihre Aufgabe in Bundes- und Landesgesetzen ist und wie sie darin
50 vom Land Unterstützung bekommen können. Zwar gibt es bereits vereinzelte
51 Weiterbildungsangebote, aber sie reichen für über 1.000 Kommunen in Baden-
52 Württemberg bei weitem nicht aus. Wir fordern Anleitungen (per Video), Best-
53 Practice-Beispiele, zentrale Handreichungen und Schulungen für
54 Verwaltungsfachkräfte, die unseren Kommunen bei der Umsetzung helfen.
- 55 5. Die Kommunen tragen bei zunehmender Digitalisierung eine besondere
56 Verantwortung, um allen Bevölkerungsgruppen durch Barrierefreiheit im Netz die
57 Teilhabe zu erleichtern und durch Qualifizierungs- und niederschwellige
58 Beratungsangebote besonders auch der älteren Generation den Zugang zu den
59 digitalen Dienstleistungen zu ermöglichen.

Antrag IR 12: Rückkehr zum Doppelbestrafungsverbot

Antragsteller*in:	KV Neckar-Odenwald
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Rückkehr zum Doppelbestrafungsverbot

2 Wir fordern die Regierung und Regierungskoalition im Bund, insbesondere die
3 sozialdemokratischen Abgeordneten, auf, schnellstmöglich einen Gesetzesentwurf
4 vorzulegen und zu verabschieden, um das Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung –
5 Erweiterung der Wiederaufnahmemöglichkeiten zuungunsten des Verurteilten gemäß § 362
6 StPO und zur Änderung der zivilrechtlichen Verjährung (Gesetz zur Herstellung
7 materieller Gerechtigkeit) vom 21. Dezember 2021 vollständig wieder aufzuheben. Eine
8 derartige Einschränkung des Doppelbestrafungsverbots („Ne bis in idem“) halten wir
9 unter keinen Umständen für hinnehmbar. Diese Forderung ist unabhängig vom anhängigen
10 verfassungsgerichtlichen Verfahren.

11 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen wir uns zu den Grundrechten
12 eines jeden Menschen und den rechtsstaatlichen Prinzipien, auf denen unsere
13 Staatsordnung begründet ist. Die sozialdemokratische Bewegung war in der deutschen
14 Geschichte maßgeblich daran beteiligt, Grundrechte zu formulieren, durchzusetzen und
15 zu verteidigen. Eine übermäßige Einschränkung von Grundrechten verkennt deren Wesen
16 und ihre Bedeutung für den Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.
17 Insbesondere Prozessgrundrechte stellen einen wichtigen Bestandteil unserer
18 Grundrechtsordnung dar und dürfen niemals als Ballast bei der Verfolgung mutmaßlicher
19 Krimineller verstanden werden. Vielmehr sind diese für den Erhalt und die
20 Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates von fundamentaler Bedeutung und dürfen nicht
21 fahrlässig aufgegeben werden. Wir wollen den Stellenwert der Grundrechte,
22 einschließlich und insbesondere der Prozessgrundrechte, in der Gesellschaft, der
23 politischen Bildung und in politischen Debatten daher stärken.

Antrag UV 03: Antrag zum Erhalt und Ausbau der Gleisanschlüsse in Baden- Württemberg

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

1 **Antrag zum Erhalt und Ausbau der Gleisanschlüsse in Baden-Württemberg**

2 Der Schienenverkehr wird in Zukunft durch die weitere Verlagerung von Güterverkehr
3 auf die Schiene weiter zunehmen. Dadurch gewinnen die Gleisanschlüsse, die nicht zu
4 regionalen Servicestellen gehören, weiter an Bedeutung. Dazu kommt der Rückbau des
5 Service Stellennetzes in den letzten 20 Jahren in Baden-Württemberg, wodurch die
6 Dichte der Umschlagstellen deutlich abgenommen hat. In der Zwischenzeit sind Bereiche
7 in Baden-Württemberg und den Anrainerländern im Umkreis von 50km keine Servicestelle
8 mehr vorzufinden. Der Schienenanschluss muss als Teil der öffentlichen Infrastruktur
9 gesehen werden, die ähnlich wie Straßenanschlüsse kostenfrei zur Verfügung gestellt
10 werden.

11 Um die Zukunftsfähigkeit des Güterverkehrs auf der Schiene aufrecht zu erhalten
12 fordern wir:

13 – kein weiterer Rückbau von öffentlichen Gleisanschlüssen. Erhalt dieser Anschlüsse
14 und weiterer Ausbau der Anzahl an Gleisanschlüssen.

15 – Bereitstellung von Fördermitteln um vorhandene ältere Gleisanschlüsse auf den
16 aktuellen technischen Stand um- und auszubauen.

17 – Förderung des Erhalts und den Neubau der vorhanden privaten Gleisanschlüssen.

18 - Verbot der Entwidmung von Eisenbahnstrecken und Eisenbahngeländen.

19 – Erhöhung der Förderquote für Anlagen für einen Anschluss an das öffentliche
20 Schienennetz auf 100%.

21 – Ausbau multifunktionaler Anlagen (z.B.Containerterminals) für den Umschlag von
22 Schiene/Straße.

23 – Jedes neue Gewerbegebiet in der Nähe von Gleisanlagen in Baden-Württemberg muss auf
24 die wirtschaftliche und technische Realisierung eines Gleisanschlusses geprüft
25 werden.

26 – Reduzierung des bürokratischen Aufwands von Reaktivierung, Neubeantragung oder
27 Prüfung eines Gleisanschlusses.

Antrag UV 04: Flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes in Baden-Württemberg

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt, KV Lörrach, KV Schwäbisch Hall, KV Sigmaringen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

1 Flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes in Baden-Württemberg

2 Wir begrüßen die Gigabit-Strategie der Bundesregierung und halten diese für wichtig
3 für das Ziel, in Deutschland einen digitalen Aufbruch zu erreichen. Die großen und
4 vor allem auch die vielen mittelständischen Unternehmen und das Handwerk in Baden-
5 Württemberg brauchen eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur und schnelle Netze,
6 um im internationalen Wettbewerb weiter mithalten zu können.

7 Nach dem neuen Telekommunikationsgesetz haben alle Bürger*innen Anspruch auf
8 Versorgung mit einer Basisversorgung an Telekommunikationsdiensten. Dies kann aber
9 nur ein erster Schritt sein. Nach unserer Überzeugung braucht es in Baden-
10 Württemberg für die Wirtschaft, den medizinischen Bereich, Bildung und Wissenschaft
11 sowie für den Mobilfunk und vieles mehr ein flächendeckendes Glasfasernetz. Ein
12 schneller Internetzugang muss auch als ein elementarer Bestandteil der kommunalen
13 Daseinsvorsorge definiert sein. Die hierfür benötigten Netze (Backbone Infrastruktur)
14 sowie „die letzte Meile“ sollten idealerweise in öffentlicher Hand sein und die
15 Dienstleistungen privatwirtschaftlich angeboten werden. Dieses Ziel kann aber
16 aufgrund der bereits vorhandenen ausgebauten Breitbandnetze mehrerer
17 Telekommunikationsfirmen und unterschiedlicher Breitbandtechnologien nicht kurz- oder
18 mittelfristig realisiert werden.

19 Der Glasfaserausbau muss möglichst schnell vorangetrieben werden und deshalb brauchen
20 wir eine Förderung ohne Aufgreifschwelle. Dazu ist eine grundlegende Beschleunigung
21 der Planungsverfahren und des Bauens notwendig, die u.a. eine Digitalisierung von
22 Baurechtsverfahren sowie durch einen Abbau bürokratischer und legislativer Hürden
23 erreicht werden können. Auch müssen alternative Verlegemethoden ermöglicht bzw.
24 weiter erprobt werden. Wir brauchen zudem eine Anschlusspflicht beim Glasfaserausbau,
25 damit jedes Haus an das Glasfasernetz angeschlossen wird und die Zukunftsfähigkeit
26 garantiert ist. Zum Schluss ist der Glasfaserausbau auch von Fördermittel abhängig,
27 die vom Bund weiter ausreichend und verlässlich zur Verfügung gestellt werden müssen.

Antrag UV 05: Oberschwaben – Biosphärenland

Antragsteller*in:	KV Ravensburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

- 1 **Oberschwaben – Biosphärenland**
- 2 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich in der aktuellen Entscheidungsdiskussion für die
- 3 Einrichtung eines Biosphärengebietes Oberschwaben ein.

Antrag UV 07: Vollständige Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln

Antragsteller*in:	Selbst Aktiv Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in der Fassung der Antragskommission (Z. 18-26: Annahme, Rest: Begründung)
Sachgebiet:	UV - Umwelt und Verkehr

1 **Vollständige Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln**

- 2 Unter dem Titel „Teilhabe und Inklusion“ schreibt das Bundesministerium für Arbeit
3 und Soziales (BMAS): „Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf umfassende
4 Teilhabe. Das bedeutet Barrierefreiheit auf allen Gebieten des Lebens.“
- 5 Eigentlich sollte der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bis Anfang 2022 gemäß § 8
6 Abs. 3 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) vollständig barrierefrei sein. Tatsächlich
7 ist Deutschland insbesondere im ÖPNV von Barrierefreiheit weit entfernt.
- 8 Aufzüge existieren längst nicht an allen Bahnhöfen, oder wenn es sie gibt, fallen sie
9 immer wieder aus – meist nicht nur kurzzeitig. Unterschiedliche Bahnsteighöhen und
10 verschiedene Zugtypen erschweren nicht nur Menschen im Rollstuhl oder mit Rollatoren
11 den Ein- und Ausstieg. Kurzfristige Gleisänderungen lassen viele ihre Züge verpassen
12 – z.B. Menschen mit vermindertem Hör- oder Sehvermögen bekommen solche Änderungen
13 oftmals gar nicht mit, weil Durchsagen nicht oder unverständlich erfolgen oder
14 visuelle Anzeigen fehlen oder schlecht zu lesen sind.
- 15 Man könnte diese Liste noch erheblich erweitern. Fakt ist, dass Menschen mit
16 Behinderung die Nutzung des ÖPNV so unnötig erschwert, wenn nicht sogar verunmöglicht
17 wird.
- 18 Laut der Behindertenrechtskonvention der UN hat sich nicht der Mensch mit Behinderung
19 zur Wahrung seiner Rechte anzupassen, sondern das gesellschaftliche Leben Aller muss
20 von vornherein für alle Menschen (inklusive der Menschen mit Behinderungen)
21 ermöglicht werden.
- 22 Daher muss die flächendeckende Barrierefreiheit – auch und insbesondere im ÖPNV –
23 ganz oben auf der Agenda stehen und kurzfristig hergestellt und garantiert werden.
- 24 Dazu muss u.a. sichergestellt werden, dass Aufzüge kurzfristig repariert werden. Die
25 für die Unterhaltung solcher Anlagen Verantwortlichen müssen ggf. sanktioniert
26 werden, wenn sie ihre Aufgaben nicht erfüllen (bisher nicht vorgesehen).